

1

1 **1. Entwurf**

1

2 **für ein**

2

3 **Programm**

3

4 **der Partei**

4

5 **DIE LINKE**

5

6

7

2

8Stand 15.03.2010

9Präambel – dafür steht DIE LINKE

10

11

12I. Woher wir kommen, wer wir sind

13

14

15II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation

16 Die neoliberale Wende – Umverteilung und Spekulation

17 Finanzblase und soziale Spaltung

18 Die Weltwirtschaftskrise am Beginn des 21. Jahrhunderts

19 Krise des sozialen Zusammenhalts

20 Aushöhlung der Demokratie

21 Die Zentralität der ökologischen Frage

22 Imperialismus und Krieg

23

24

25III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert

26 Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie

27 Öffentliches und Belegschaftseigentum

28 Kleine und mittlere Unternehmen

29 Eine wirkungsvolle demokratische, soziale, ökologische Rahmensetzung

30

31

32IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung

33

34 1. Wie wollen wir leben? Gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

35 Gute Arbeit

36 Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

37 Den Finanzsektor demokratisch kontrollieren und dem Gemeinwohl verpflichten

38 Förderung strukturschwacher Regionen, Verantwortung in Ostdeutschland

39 Umverteilung und gerechte Steuern

40 Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat

41 Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit

42

43 2. Wie wollen wir entscheiden? Demokratisierung der Gesellschaft

44 Stärkung der Parlamente und partizipative Demokratie

45 Stärkung der individuellen Rechte

46 Einwanderungsland Deutschland

47 Antidiskriminierung

48 Emanzipatorische Bildung

49 Demokratische Wissens- und Kulturgesellschaft

50 Demokratische Medien

51 Kirchen und Religionsgemeinschaften

52 Faschismus und Rassismus bekämpfen

53

54 3. Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau

55 Sozial-ökologischer Umbau

56 Energiewende

57 Regionale Wirtschaftskreisläufe und Verkehrswende:

58

59 4. Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame 60 Entwicklung

61 Frieden in Solidarität statt terroristische Kriege

- 62 Abrüstung und strategische Nichtangriffsfähigkeit
- 63 Eine demokratische, friedliche und soziale EU
- 64 Internationale Zusammenarbeit und Solidarität
- 65
- 66
- 67V. Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft**
- 68 Breite linke Bündnisse
- 69 Auseinandersetzung mit neoliberaler Ideologie:
- 70 Arbeit in den Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen:
- 71 Ein neuer Politikstil
- 72 Europäische und internationale Zusammenarbeit
- 73 Innerparteiliche Demokratie und Solidarität
- 74 Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft
- 75
- 76

77Präambel – dafür steht DIE LINKE

78

79Die Linke steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir sind und werden nicht
80wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwer-
81fen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. Wir verfolgen
82ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut auf-
83wachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben
84und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu
85erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den de-
86mokratischen Sozialismus.

87

88Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der einige Hundert Konzerne über die Le-
89bensperspektive von Milliarden Menschen entscheiden und brutale Ausbeutung,
90Kriege um Rohstoff- und Absatzmärkte und Imperialismus ganze Länder von Hoff-
91nung und Zukunft abschneiden. Eine Gesellschaft, in der jede Lebensregung sich
92rechnen muss, ist inhuman. Wo vor allem der Profit regiert, bleibt kein Raum für De-
93mokratie. Die ungebändigte Freiheit der Finanzhaie bedeutet Unfreiheit für die Mehr-
94heit der Menschen.

95

96Wir gehen aus von den Traditionen der Demokratie und des Sozialismus, der Kämp-
97fe für Menschenrechte und Emanzipation, gegen Faschismus und Rassismus, Impe-
98rialismus und Militarismus. Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwin-
99den, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden, und in de-
100nen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden. Wir setzen uns
101dafür ein, die neuen Möglichkeiten einer Wissens-, Kommunikations- und Kulturge-
102sellschaft konsequent für eine soziale, demokratische und friedliche Zivilisation und
103für eine lebenswerte Umwelt zu nutzen. Wir wollen patriarchale Strukturen überwin-
104den. Wir verteidigen die Errungenschaften der Kämpfe für politische, soziale und kul-
105turelle Menschenrechte, für Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat. Wir wollen an
106diesen Errungenschaften anknüpfen und sie weiter entwickeln.

107

108Grenzenloser Reichtum für die oberen Zehntausend, Entwürdigung für immer mehr
109Arme und sinkender Wohlstand für die große Mehrheit sind nicht Ergebnis der Glo-
110balisierung, sondern des globalen Kapitalismus. Die Konsequenzen für Deutschland
111sind allgegenwärtig: Zerstörung industrieller Kapazitäten, ein wachsender Hunger-
112lohnsektor, rücksichtslose Jobvernichtung, Raubbau an sozialen Leistungen, verarm-
113te Kommunen, fehlende Ausbildungsplätze, soziale Bildungsprivilegien, Zwei-Klas-
114sen-Medizin, alte Menschen in Armut oder ohne menschenwürdige Pflege. Die Neoli-
115beralen haben die Interessen der Konzernchefs und Vermögensbesitzer zur politi-
116schen Leitlinie erhoben. Diese Agenda ist gegen die Interessen der Mehrheit der
117Menschen gerichtet.

118

119Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir
120setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums Wider-
121stand entgegen. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und
122ringen um eine andere Politik. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Inter-
123nationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie sind
124untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Wir

125kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Aus-
126beutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.

127

128Gemeinsam mit gewerkschaftlichen Kräften, sozialen Bewegungen, mit anderen lin-
129ken Parteien, mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, Europa und weltweit sind
130wir auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative. Wir wollen eine Gesell-
131schaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die Freiheit und Gleichheit
132jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung Aller wird.
133Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer neuen politischen Kraft, die für Frei-
134heit und Gleichheit steht, konsequent für Frieden kämpft, demokratisch und sozial ist,
135ökologisch und feministisch, offen und plural, streitbar und tolerant. Wir kämpfen für
136einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestal-
137tung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.

138

139Unser Programm wird durch die Verknüpfung von drei Grundideen bestimmt.

140

- 141 • Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch
142 soziale Gleichheit der Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten
143 Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Ge-
144 sellschaft, in der die Dominanz des Profits überwunden wurde.
- 145
- 146 • Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweisen unter solidarische Entwick-
147 lung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie er-
148 fordert einen sozialökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle
149 profitorientierten Wachstums.
- 150
- 151 • Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatori-
152 scher Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch die Vorherrschaft
153 demokratischer sozialer und ökologischer Kräfte überwunden wird und die Ge-
154 sellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.

155

156Die LINKE kämpft:

157

- 158 ➤ **für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung**, die die Marktsteue-
159 rung von Produktion und Verteilung der demokratischen sozialen und ökologi-
160 schen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet. Sie muss dazu auf öffentlichem
161 und demokratisch kontrolliertem Eigentum in der Daseinsvorsorge, an der gesell-
162 schaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor sowie der
163 demokratischen Vergesellschaftung weiterer strukturbestimmender Bereiche auf
164 der Grundlage von staatlichem, kommunalen, genossenschaftlichem oder Beleg-
165 schaftseigentum beruhen und den privatwirtschaftlichen Sektor strikter Wettbe-
166 werbskontrolle unterwerfen. In allen Unternehmen sind starke Arbeitnehmer- und
167 Mitbestimmungsrechte zu sichern.
- 168
- 169 ➤ **für ein Recht auf gute, Existenz sichernde Arbeit**, für Vollbeschäftigung
170 und die Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, gegen Billigjobs,
171 Hungerlöhne und gegen den Ersatz regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit
172 oder Scheinselbstständigkeit. Wir wollen, dass die Menschen Erwerbsarbeit, Ar-
173 beit in der Familie, die Sorge für Kinder, Partner und Freunde, und schließlich in-
174 dividuelle Weiterbildung und Muße selbstbestimmt verbinden können.

175

- 176 ➤ **für einen sozial-ökologischen Umbau** in Richtung eines nachhaltigen, Res-
 177 sourcen sparenden und Umwelt bewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Wir
 178 brauchen reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerbaren Ener-
 179 gien.
 180
- 181 ➤ **für ein Leben in sozialer Sicherheit**, für eine sanktionsfreie armutsfeste
 182 Grundsicherung und umfassenden Kündigungsschutz. Hartz IV muss weg, nie-
 183 mand darf mehr gezwungen werden, Beschäftigung unter Missachtung seiner
 184 Qualifikation oder zu Hungerlöhnen anzunehmen.
 185
- 186 ➤ **für eine armutsfeste gesetzliche Rente** für alle Erwerbstätigen, die paritä-
 187 tisch von Beschäftigten und Unternehmen finanziert wird, den Lebensstandard im
 188 Alter sichert und, anders als die private Vorsorge, nicht von den Launen der Fi-
 189 nanzmärkte abhängig ist. Eine Gesellschaft, die Millionen alte Menschen zu ei-
 190 nem Leben in Armut verdammt, ist unmenschlich.
 191
- 192 ➤ **für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**, in
 193 die alle Menschen nach Maßgabe ihrer Einkommen einzahlen und die im Be-
 194 darfsfall alle medizinischen und pflegerischen Leistungen übernimmt. Die medizi-
 195 nische Versorgung darf keine Frage der persönlichen Brieftasche sein.
 196
- 197 ➤ **für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe**
 198 **an**, die Grundlagen für ein selbstbestimmtes solidarisches Leben, die aktiven
 199 Teilhabe an der Gesellschaft und demokratisches Engagement schafft. Wir wol-
 200 len ein Bildungssystem, das die Gesellschaft durch gemeinsames Lernen eint,
 201 Benachteiligungen nicht verstärkt, sondern ausgleicht und allen berufliche Mög-
 202 lichkeiten und Lebensperspektiven eröffnet.
 203
- 204 ➤ **für ein gerechtes Steuersystem**, das Gering- und Mittelverdiener entlastet,
 205 Spitzenverdiener stärker belastet und große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträ-
 206 ge und Konzerngewinne deutlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens
 207 und zum sozial-ökologischen Umbau heranzieht. Wir wollen Einkommen und Ver-
 208 mögen von oben nach unten umverteilen und die Finanzierung der öffentlichen
 209 Leistungen sicherstellen und verbessern.
 210
- 211 ➤ **für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg**, für eine Welt
 212 ohne Massenvernichtungswaffen, ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der
 213 Bundeswehr, ein Verbot von Rüstungsexporten, für zivile Entwicklungsunterstüt-
 214 zung und ein Ende der ökonomischen Ausbeutung der Dritten Welt. Krieg löst
 215 kein Problem, er ist immer Teil des Problems.
 216
- 217 ➤ **für eine Erneuerung der Europäischen Union** als demokratische, soziale
 218 und Friedensunion, für hohe und stetig zu verbessernde europaweite Mindest-
 219 standards des sozialen und Umweltschutzes sowie der Unternehmens- und Ver-
 220 mögenssteuern, für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und
 221 europäische Wirtschaftsregierung. Eine EU, die vor allem auf Standortkonkur-
 222 renz, Wettbewerb und Dumpingwettlauf setzt, diskreditiert die europäische Idee.
 223
- 224 ➤ **für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**, gegen die
 225 Erpressungsmacht großer Konzerne, für ein Verbot von Spenden von Unterneh-
 226 men an Parteien wie in Frankreich und die Unvereinbarkeit von politischen und

227 Wirtschaftsmandaten, für mehr direkte Demokratie in Form von Volksabstimmun-
 228 gen, für die Einklagbarkeit von Recht unabhängig vom eigenen Geldbeutel, für
 229 politische Streiks und Generalstreik als Kampfmittel der Beschäftigten, für den
 230 Ausbau der Bürgerrechte und die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche.
 231 Der Kapitalismus zerstört Demokratie durch Wirtschaftsmacht. Deshalb sagen
 232 wir: Demokratie und Freiheit in einer Gesellschaft des demokratischen Sozialis-
 233 mus ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

234

235

236I. Woher wir kommen, wer wir sind

237

238DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialis-
 239tischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und aus an-
 240deren emanzipatorischen Bewegungen an. Wir bündeln politische Erfahrungen aus
 241der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

242

243Die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts erstrebten Freiheit,
 244Gleichheit und Brüderlichkeit gegen religiöse Dogmen und Privilegien des Adels. Hu-
 245manismus und Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie waren bestimmend für
 246die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung. Sie forderten die Verwirklichung
 247von Recht und Freiheit für alle Menschen. Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft
 248des Kapitals verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für
 249alle Menschen. Dies haben insbesondere die sozialistischen Theoretiker Marx und
 250Engels gezeigt.

251

252Im 19. Jahrhundert organisierten sich Arbeiterinnen und Arbeiter in Gewerkschaften.
 253Sie setzten der Ausbeutung durch das Kapital Widerstand entgegen, um ihre Interes-
 254sen durchzusetzen. Sie kämpften für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für
 255höhere Einkommen und Mitbestimmungsrechte. Sie bildeten Genossenschaften und
 256Vereine, um Alltag und Freizeit solidarisch zu gestalten und Kultur- und Bildungsan-
 257sprüche zu verwirklichen. Mit der zunehmenden Politisierung der Arbeitermilieus ent-
 258wickelte die Arbeiterbewegung auch ihre politischen Interessenvertretungen. Diese
 259wurden von der Staatsmacht mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Sozialreformen und
 260Sozialistengesetz heftig bekämpft. Trotzdem wurde die Sozialdemokratie an der
 261Schwelle zum 20. Jahrhundert in Deutschland zu einer mächtigen politischen und
 262kulturellen Kraft, deren Traditionen uns Verpflichtung sind.

263

2641914 spaltete der Krieg die deutsche Sozialdemokratie. Die SPD-Führung befürwor-
 265tete die Politik der nationalistischen Abgrenzung und stimmte schließlich für den
 266Krieg. Der europäische Zusammenhalt der Arbeiterschaft für den Frieden wurde auf-
 267gegeben. Gegen diese verheerende Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie
 268leisteten neben vielen anderen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Widerstand,
 269den sie mit ihrem Leben bezahlten. Die deutsche Revolution von 1918/19 war eine
 270sozialdemokratische Revolution, die mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung nie-
 271dergeschlagen wurde. Gegensätzliche Haltungen zur Revolution in Deutschland und
 272später auch zur Sowjetunion vertieften die Spaltung der Arbeiterbewegung. Die
 273USPD, KPD und linkssozialistischer Bewegungen gehören heute ebenso zum histori-
 274schen Erbe der Linken wie die Geschichte der Sozialdemokratie.

275

276Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg befand sich Deutschland bis Sommer 1919 in
 277einem blutigen Bürgerkrieg, der Tausende von Todesopfern forderte und große Bit-

278terkeit hinterließ. Die Konsequenzen waren dramatisch. Denn die Spaltung der Arbei-
279terbewegung erleichterte den Aufstieg der Nationalsozialisten und verhinderte ge-
280meinsamen Widerstand gegen ihre Machtübernahme. Das Ermächtigungsgesetz Hit-
281lers im Jahre 1933 beendete die Weimarer Demokratie. Der Widerstand von Kommu-
282nistinnen und Kommunisten, von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, von
283Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und anderen gegen die nun einsetzende
284nationalsozialistische Barbarei war letztlich erfolglos. Viele sind von den Nazis getö-
285tet worden, andere saßen in den Gefängnissen und Lagern oder befanden sich auf
286der Flucht.

287

288Die Barbarei und der verbrecherische Krieg der deutschen Nationalsozialisten ver-
289heerten ganz Europa. Nach dem Krieg wurden unter dem Einfluss der Siegermächte
290USA und Sowjetunion in Westeuropa bürgerliche Demokratien mit kapitalistischer
291Wirtschaftsordnung und in Mittel- und Osteuropa Staaten mit sozialistischem An-
292spruch aufgebaut.

293

294In Westdeutschland blieben, wie in anderen Ländern Westeuropas, sozialistische
295Neuordnungsbestrebungen nach dem Krieg erfolglos. Die Kommunistische Partei
296war in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland schwach und zunehmen-
297der Repression ausgesetzt, 1956 wurde die KPD verboten. Die SPD blieb während
298der „Adenauer-Ära“ in der Opposition. Ab 1959 gab sie Zug um Zug ihre Vorstellun-
299gen einer über den Kapitalismus hinausweisenden Neuordnung von Wirtschaft und
300Gesellschaft auf.

301

302Zu den Erfahrungen der Menschen in der Bundesrepublik gehörten zunehmender
303gesellschaftlicher Wohlstand, an dem auch die unteren gesellschaftlichen Schichten
304teilhatten, sowie eine parlamentarische Demokratie. Doch gleichzeitig bestanden au-
305toritäre und obrigkeitstaatliche Strukturen fort. Seit den 1960er Jahren entwickelte
306sich eine gesellschaftskritische außerparlamentarische Opposition. Das war eine Be-
307wegung für mehr Demokratie, gegen autoritäre Tendenzen, für andere Lebensent-
308würfe, für mehr Selbstverwirklichung der Einzelnen, gegen Medien- und Kapital-
309macht.

310

311Die Gewerkschaften setzten in harten Auseinandersetzungen Lohnsteigerungen, Ar-
312beitszeitverkürzungen und verbesserte sozialstaatliche Leistungen durch. Mehr De-
313mokratie sollte in Wirtschaft und Gesellschaft möglich sein. Die Erfahrungen dieser
314Kämpfe zeigen allerdings auch, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft die Demo-
315kratie an den Werkstören und Ladentüren endet. Ständige Auseinandersetzungen
316sind notwendig, um die Achtung der Menschenwürde, akzeptable Arbeitsbedingun-
317gen und das Recht auf Privatsphäre auch in den Betrieben zu gewährleisten.

318

319Eine neue Frauenbewegung bildete sich, um gegen patriarchale, Frauen unter-
320drückende und benachteiligende Strukturen im Öffentlichen wie im Privaten zu kämp-
321fen. Auf dem Weg zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse mit dem Ziel einer
322geschlechtergerechten Gesellschaft erwies sich die Gleichstellung von Männern und
323Frauen als ein wesentlicher Schritt.

324

325Die Umweltbewegung entstand und setzte sich für eine naturverträgliche Produkti-
326ons- und Lebensweise und gegen die Nutzung der Atomkraft ein. Internationalisti-
327sche Gruppen unterstützten Befreiungsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und
328Asien und stritten für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit.

329

330Die Friedensbewegung forderte Abrüstung und vor allem die Beseitigung von Mas-
 331senvernichtungswaffen. Sie unterstützte und prägte die Entspannungspolitik, der es
 332in den 1970er und 1980er Jahren gelang, die gefährliche Blockkonfrontation der
 333Nachkriegszeit aufzuweichen und so zu entschärfen. Der SPD-Vorsitzende und Bun-
 334deskanzler Willy Brandt knüpfte mit seiner Friedens- und Entspannungspolitik be-
 335wusst an das Gründungsverständnis der Sozialdemokratie an, dass Humanität und
 336Krieg einander ausschließen und mehr Demokratie der Weg gesellschaftlicher Ver-
 337änderung sein sollte. Er erhielt dafür den Friedensnobelpreis, wie später der General-
 338sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschow. Dieser
 339forderte durch weitreichende Abrüstungsangebote und den Abzug der sowjetischen
 340Truppen aus Afghanistan 1988 zu neuem Denken auf.

341

342Im Osten Deutschlands prägte der Sozialismusversuch die Lebensgeschichte der
 343Menschen in widersprüchlicher Weise. Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für
 344den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifa-
 345schistisches Deutschland ein. Im April 1946 wurde die Sozialistische Einheitspartei
 346Deutschlands gegründet. Der Zusammenschluss von SPD und KPD wurde mit dem
 347gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus gerechtfertigt. Doch erfolgte er un-
 348ter Druck. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ihm Widerstand
 349entgegensetzten, wurden verfolgt. Die große Mehrheit der Kommunistinnen und
 350Kommunisten und zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der SPD unterstützte je-
 351doch die Vereinigung. Sie sollte eine Lehre aus Jahrzehnten der Spaltung der deut-
 352schen Arbeiterbewegung sein.

353

354Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zählen die Beseitigung
 355von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen, die weitge-
 356hende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein
 357hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen so-
 358wie in der Kultur. Auf der anderen Seite standen Erfahrungen staatlicher Willkür und
 359eingeschränkter Freiheiten. Wichtige Reformansätze wurden nach kurzer Zeit immer
 360wieder autoritär abgewürgt. Die Demokratie blieb auf der Strecke, und eine ökologi-
 361sche Orientierung hatte keine Chance. Die Zentralisation der ökonomischen Ent-
 362scheidungen und die bürokratisierte Form der Planung und Leitung der Volkswirt-
 363schaft sowie die weitgehende Einschränkung betrieblicher Selbständigkeit führten
 364langfristig zu einem Zurückbleiben der Innovations- und Leistungsfähigkeit. Damit
 365sank die Anziehungskraft des ökonomischen Modells der DDR. Es ist deutlich gewor-
 366den: Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes demo-
 367kratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert
 368wird, muss früher oder später scheitern. Ohne Demokratie kein Sozialismus. Deshalb
 369gehörte zum Gründungskonsens der PDS – einer der Vorläuferparteien der LINKEN
 370– der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus.

371

372Teile der Bürgerbewegung der DDR, darunter auch Reformerrinnen und Reformer in-
 373nerhalb der SED, setzten sich im Herbst 1989 für einen friedlichen, demokratischen,
 374sozialen und ökologischen Aufbruch und einen politischen Wandel zu einem besse-
 375ren Sozialismus ein. Doch 1990 scheiterte dieses Projekt. Es gelang ebenso wenig,
 376eine demokratische Neubegründung des vereinigten Deutschland durchzusetzen.
 377Aus dem demokratischen Aufbruch im Osten wurden ein bloßer Beitritt und ein für
 378viele Menschen schmerzlicher sozialer Absturz. Auf der einen Seite gab es einen Zu-
 379gewinn an demokratischen Rechten, individueller Freiheit, rechtsstaatlicher Sicher-

380heit und internationaler Öffnung. Auf der anderen Seite einen wirtschaftlichen und so-
381zialen Niedergang vieler ostdeutscher Regionen und die Aneignung ostdeutschen
382Staatseigentums durch internationale Konzerne mithilfe der Treuhandanstalt.

383

384Im vereinten Deutschland wurden die Errungenschaften und Erfahrungen der Ost-
385deutschen nicht genutzt. In einem schwierigen und selbstkritischen Prozess ging aus
386der ehemaligen SED die Partei des Demokratischen Sozialismus hervor. Sie be-
387hauptete sich als unabhängige Kraft und erstarkte mit ihrem Anspruch, Interessen
388der Menschen in Ostdeutschland politisch zu vertreten. Ihre Versuche, Menschen in
389Westdeutschland zu gewinnen, hatten jedoch nur geringe Erfolge.

390

391Die Linke in Deutschland war lange Zeit in der Defensive. Sie war schwach und mar-
392ginalisiert, und wenn sie innerhalb der Sozialdemokratie politische Veränderungen
393anstrebte, waren die Handlungsmöglichkeiten sehr eng. Teile der Linken setzten auf
394die Grünen oder kleinere sozialistische und kommunistische Organisationen. Viele
395der in Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen aktiven Linken hatten kei-
396ne Bindung zu einer Partei.

397

398Das Projekt „Rot-Grün“, von vielen mit hohen Erwartungen begrüßt, enttäuschte ab
3991999, da es soziale und ökologische Ziele den Interessen des Kapitals unterordnete
400und die Tür für internationale Kriegseinsätze deutscher Soldaten öffnete. In rasantem
401Tempo wandten sich die SPD und die Grüne Partei von Grundsätzen sozialer Ge-
402rechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und den Interessen der Bevölkerungsmehr-
403heit an einer friedlichen Welt ab. Die „neue Sozialdemokratie“ stand für den Abbau
404des Sozialstaats und Umverteilung von unten nach oben. Das „Hartz IV“-Gesetz und
405die „Agenda 2010“ führten zum endgültigen Bruch vieler sozial und links gesinnter
406Menschen mit SPD und Grünen und zur Entwicklung einer neuen politischen Kraft,
407der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG).

408

409Im Jahr 2007 haben sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE
410vereinigt. Wir laden alle Menschen ein, die eine andere Politik und eine bessere Welt
411wollen, die für Freiheit und Gleichheit eintreten, für Emanzipation und soziale Ge-
412rechtigkeit, für internationale Solidarität, Frieden und Ökologie.

413

414Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik und zum kapitalistischen System, zu
415seinen Krisen und Ungerechtigkeiten: eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur,
416die auf Freiheit und Gleichheit gründet, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Un-
417terdrückung. Wir wollen sie gemeinsam erkämpfen.

418

419

420II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation

421

422Das Kapital treibt Produktivität, Erfindungsgeist und Innovation voran, wo immer es
423damit Profite machen kann. Zugleich werden Arbeitsplätze vernichtet, Wohlstand zer-
424stört und an der Natur Raubbau betrieben. Auch blutige Kriege werden in Kauf ge-
425nommen, wenn auf diese Weise Profite gesteigert und gesichert werden können.

426

427Der Kapitalismus hat in den zwei Jahrhunderten seiner Existenz unermesslichen
428Reichtum hervorgebracht und in vielen Ländern den Wohlstand großer Teile der Be-
429völkerung erhöht. Zugleich bleiben Milliarden Menschen von diesem Reichtum aus-
430geschlossen. Die soziale Ungleichheit ist größer geworden, die Kluft zwischen Armut

431und Reichtum klafft immer weiter. Die Krisen der kapitalistischen Marktwirtschaft ha-
432ben Massenarbeitslosigkeit und Einkommensverluste zur Folge. Zwar hat der Kapita-
433lismus die technologischen Voraussetzungen geschaffen, um Armut für immer zu
434überwinden. Doch er zementiert eine Weltordnung, in der alle fünf Sekunden ein
435Kind verhungert und mehr als eine Milliarde Menschen zu wenig zu Essen haben
436und keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

437

438Auch in der westeuropäischen Nachkriegsentwicklung lässt sich diese Widersprüch-
439lichkeit finden. Die Idee einer „sozialen Marktwirtschaft“ war eine Antwort auf den
440Schock von Krise, Faschismus und Krieg und resultierte daher aus den Erfahrungen
441mit einem entfesselten barbarischen Kapitalismus. Sie war die Antwort auf die Kämp-
442fe starker Gewerkschaften, antikapitalistischer Bewegungen und sozialdemokrati-
443scher, sozialistischer und kommunistischer Parteien. Auch die Existenz des „sozialis-
444tischen Lagers“ war eine Herausforderung, auf die mit sozialstaatlichen Zugeständ-
445nissen reagiert wurde. Soziale Sicherungssysteme wurden ausgebaut, demokrati-
446sche Rechte ausgeweitet, der Wohlstand stieg.

447

448Die „soziale Marktwirtschaft“ stellte einen Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Ka-
449pital dar, der die Herrschaft des Kapitals nicht in Frage stellte. Das Modell funktio-
450nierte, solange schnelle Produktivitätsfortschritte und hohe Wachstumsraten die Pro-
451fite der großen Unternehmen stabilisierten und starke gewerkschaftliche und demo-
452kratische Gegenmächte existierten.

453

454Die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre markiert das Ende dieser „goldenen Jahre“ ho-
455hen Wachstums. Nach und nach zeigte sich, dass die lange Nachkriegsperiode wirt-
456schaftlichen Aufschwungs eine Ausnahme war. Der Kapitalismus kehrte zu seiner
457Normalität zurück, einschließlich periodisch auftretender Krisen- und Stagnations-
458phasen. Die Zahl der aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten stieg und verfestigte
459sich zu struktureller Massenarbeitslosigkeit. Die gewonnene wachsende Individualität
460vieler Menschen wurde zunehmend zu Individualismus in der Konkurrenz gegenein-
461ander. Mit wachsenden Erwerbslosenzahlen und schwächer werdenden Gewerk-
462schaften und politischen Gegenkräften wurden die Ansprüche der Kapitaleigner wie-
463der aggressiver. Sie wurden untermauert durch die wachsende Macht der Konzerne,
464deren Erpressungspotenzial durch zunehmende Aktivitäten auf dem internationalen
465Markt stark gestiegen war. Sie konnten die Politik „ins Schlepptau“ nehmen, und die
466hat es mit sich geschehen lassen.

467

468**Die neoliberale Wende – Umverteilung und Spekulation**

469

470Die neoliberale Wende seit den 1970er Jahren diente vor allem dem Ziel, die Pro-
471fitrate der großen Konzerne nach oben zu treiben. Zentrale Mittel zu diesem Ziel wa-
472ren die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die politische Schwächung der Gewerk-
473schaften, um das Lohnniveau zu drücken. Soziale Rechte und Leistungen wurden
474abgebaut und Steuern auf Gewinne und Kapital gesenkt, um die Unternehmen zu
475entlasten und ihre Flexibilität zu erhöhen. Umfassende Privatisierungen zuvor öffent-
476licher Unternehmen und Dienstleistungen und sozialer Sicherungen eröffneten dem
477Kapital zusätzliche profitable Anlagesphären. Die herrschende Klasse versucht, sich
478den mit technologischen Umwälzungen weiter wachsenden gesellschaftlichen Reich-
479tum als Zuwachs ihres privaten Vermögens und ihrer Macht anzueignen.

480

481 Die neoliberale Ausrichtung wurde mit dem Zusammenbruch des Währungssystems
 482 der Nachkriegszeit und der Aufgabe regulierter fixer Wechselkurse zu Beginn der
 483 1970er Jahre eingeleitet. Zunächst wurden die Währungsmärkte und im Anschluss
 484 daran die globalen Finanzmärkte mehr und mehr liberalisiert. Die Entwicklungsländer
 485 wurden zur Öffnung ihrer Volkswirtschaften, zum Abbau von Kapitalverkehrskontrol-
 486 len, zur Beschränkung von Sozialausgaben und zur Privatisierung öffentlicher Güter
 487 gezwungen. Der neoliberale Siegeszug fand seinen Höhepunkt mit dem Übergang
 488 zu kapitalistischen Marktwirtschaften in Osteuropa und in den Nachfolgestaaten der
 489 Sowjetunion.

490

491 Im Ergebnis haben die nationalen Staaten die Bildung wichtiger Preise auf den Welt-
 492 märkten, wie Wechselkurse und Zinsen, aus der Hand gegeben und der Spekulation
 493 von Banken und Devisenhändlern überlassen. Der globale Kapitalkreislauf beträgt
 494 heute ein Vielfaches des Weltsozialprodukts. Plötzliche Richtungsänderungen der
 495 Kapitalströme können ganze Volkswirtschaften in den Abgrund reißen. Mit der Dere-
 496 gulierung der Finanzmärkte wurde aber nicht nur ein zusätzlicher Hort der Instabilität
 497 erzeugt. Die deregulierten Finanzmärkte eröffneten zugleich ein weites Feld spekula-
 498 tiver Profiterzielung, auf das sich wachsende Teile der wirtschaftlichen Aktivität im
 499 globalen Kapitalismus konzentrieren.

500

501 Auch die Europäische Union, deren Gründung einst dazu beigetragen hatte, den
 502 Frieden in Europa zu sichern, entwickelte sich zunehmend zu einem Motor der neoli-
 503 beralen Umgestaltung. Städte, Regionen und Länder konkurrieren auf einem ge-
 504 meinsamen Binnenmarkt mit möglichst niedrigen Steuersätzen, laschen Umweltauf-
 505 lagen, mit niedrigen Löhnen und Sozialabgaben. Die Standortkonkurrenz führt zu ei-
 506 nem Dumpingwettbewerb mit verheerenden Auswirkungen nicht zuletzt auf die Einnah-
 507 men der öffentlichen Haushalte. Damit waren die Absenkung der Staatsquote, um-
 508 fassende Privatisierungen und eine allmähliche Zerstörung des „europäischen So-
 509 zialmodells“ vorgezeichnet. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den von den
 510 Europäischen Verträgen, der Kommission und dem Europäischen Gerichtshof er-
 511 zeugten Liberalisierungs- und Deregulierungsdruck.

512

513 **Finanzblase und soziale Spaltung**

514

515 Der neoliberale Kapitalismus führt dazu, dass sich über einer stagnierenden Real-
 516 wirtschaft eine gewaltige Finanzblase aus Geldvermögen und Schulden aufbläht.
 517 Steigende Gewinne und die Umverteilung der Einkommen zugunsten von Kapitalbe-
 518 sitzern und Besserverdienenden bewirken einen riesigen Überschuss an weltweit An-
 519 lage suchendem Kapital. Zusätzlich verstärkt wird dies durch weltweite Privatisie-
 520 rungstendenzen in der Altersvorsorge und weiteren sozialen Sicherungssystemen.

521

522 Zugleich verschärfen die Abkoppelung der Löhne von der Entwicklung der Produktivi-
 523 tät und sinkende Sozialeinkommen das Problem industrieller Überkapazitäten und
 524 entmutigen reale Investitionen. Eine Ökonomie der Enteignung macht Mehrheiten är-
 525 mer, um die Reichen reicher zu machen. Dass wir in einer Klassengesellschaft le-
 526 ben, lässt sich an der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und Ver-
 527 mögen ablesen.

528

529 Drei Jahrzehnte Wirtschaftswachstum sind an vielen Menschen vorbei gegangen,
 530 und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. In den Entwicklungsländern er-
 531 öffneten sich für Millionen Menschen, insbesondere für Frauen Möglichkeiten der Er-

532werbsarbeit und damit der Emanzipation. Doch zugleich wurden sie neuen kapitalisti-
 533schen Zwängen unterworfen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und natürliche Le-
 534bensräume wurden zerstört. Die Lebensverhältnisse von Niedrigverdienern und Er-
 535werbslosen in den Industrieländern haben sich wesentlich verschlechtert. Viele wis-
 536sen nicht mehr, wie sie ihr tägliches Leben und das ihrer Kinder finanzieren sollen.
 537Immer mehr junge Menschen sind schlecht ausgebildet und starten ohne Chance
 538und Perspektive ins Leben. Inzwischen gehören informelle und prekäre, unterbezahl-
 539te und sozial ungesicherte Arbeit zur Normalität. Mehr Eigenverantwortung in der Ar-
 540beit für viele hat sich unter diesem Druck mit verstärkter Auslieferung und Selbstan-
 541passung an Unterordnungs- und Herrschaftsverhältnisse verbunden.

542

543Die neoliberale Politik hat keines ihrer Versprechen eingelöst. Statt für mehr Leis-
 544tungsgerechtigkeit steht sie für eine rabiate Umverteilung zu Lasten der Arbeitenden
 545und zum Vorteil leistungsloser Zins- und Dividendeneinkommen. Mehr Eigenverant-
 546wortung statt Sozialstaat hat zu mehr Ausgrenzung und Armut geführt. Nicht mehr
 547Wettbewerb, sondern eine beispiellose Konzentration von Wirtschaftsmacht ist ihre
 548Folge.

549

550Um die Nachfrage trotz der Angriffe auf die Masseneinkommen zu steigern, wurden
 551in den USA, aber auch anderen Ländern, Rahmenbedingungen für eine immer ex-
 552zessivere Konsumentenverschuldung geschaffen. Das amerikanische Modell, sin-
 553kende Löhne durch steigende Schulden auszugleichen, war zugleich die Vorausset-
 554zung für die riesigen Exportüberschüsse anderer Länder, so der Bundesrepublik
 555Deutschland. Auch die steigende Verschuldung des US-Staates zur Finanzierung
 556von Rüstung und Kriegen hat zum Aufblähen der Finanzblase beigetragen.

557

558In den großen Wirtschaftskonzernen selbst haben schuldenfinanzierte Übernahmen
 559und Aktienrückkaufprogramme zur Steigerung der kurzfristigen Rendite zunehmend
 560reale Investitionen in neue Anlagen und Technologien sowie innovative Forschung
 561und Entwicklung verdrängt. Großanleger und Finanzinvestoren nötigen Unterneh-
 562men, in deren Aktien sie für oft nur kurze Zeit investieren, zu rücksichtslosen Ratio-
 563nalisierungsschüben, zur Abtrennung von weniger rentablen Firmenteilen, zur Sen-
 564kung von Löhnen, Arbeits- und Sozialstandards. Selbst hochproduktive Unternehmen
 565mit achtbaren Gewinnen und niedrigem Lohnkostenanteil werden so zur Entlassung
 566von Tausenden oder gar zur Schließung getrieben.

567

568

569 **Die Weltwirtschaftskrise am Beginn des 21. Jahrhunderts**

570

571Die tiefe Weltwirtschaftskrise, die im Jahr 2008 begann, ist die Krise einer Wirt-
 572schaftsordnung, die allein für den Profit produziert und für die Bedarf nur dann exis-
 573tiert, wenn er sich als zahlungskräftige Nachfrage geltend macht. Eine Konjunkturkri-
 574se, eine Strukturkrise und die Krise der internationalen Finanzmärkte haben sich zur
 575schwersten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise seit 1929 zugespitzt. Mit dieser Krise
 576ist ein globales Modell an seine Grenzen gelangt, das die Entwicklung des Kapitalis-
 577mus in den vergangenen drei Jahrzehnten geprägt und getragen hatte.

578

579Das gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung
 580wurde in diesem Lande in extremer Weise auf Exportsteigerung ausgerichtet und da-
 581von abhängig. Den Exportüberschüssen entsprechen enorme Kapitalexporte deut-
 582scher Unternehmen. Dabei geht es nicht nur um produktive Direktinvestitionen, son-

583dern in großem Umfang um Kredite oder den Ankauf von Anleihen und Wertpapie-
584ren, darunter auch massenhaft von heute weitgehend wertlosen „Giftmüll“-Papieren.
585Deutsche Unternehmen und reiche Geldvermögensbesitzer haben so in erheblichem
586Maße zur Finanzierung der US-Verschuldung und damit zur Entwicklung der Weltfi-
587nanzkrise beigetragen.

588

589Politisch geförderter Druck auf die Arbeitsentgelte hat das Exportwachstum begüns-
590tigt. Die Kürzung öffentlicher Sozialausgaben hat in die gleiche Richtung gewirkt, die
591Verteilung zu Lasten der Lohn- und Gehaltsabhängigen verschlechtert und die Bin-
592nennachfrage dauerhaft geschwächt. Deutschland hat mittlerweile von allen Mit-
593gliedsländern der Europäischen Union einen der geringsten Beschäftigtenanteile im
594öffentlichen Dienst. Ergebnis war eine schwache und gesplante Wirtschaftsentwick-
595lung. Sie dient nur den Exportsektoren, ist im Interesse der Konzerne und des Fi-
596nanzkapitals. Sie erfolgt auf Kosten der Beschäftigten und der für den inländischen
597Bedarf produzierenden, also der großen Mehrzahl der kleineren und mittleren Betriebe.
598Schwache Wirtschaftsentwicklung und schwindende Steuereinnahmen aufgrund
599von Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche haben die Finanzkrise der öffent-
600lichen Haushalte verschärft. Diese wiederum dient zur Begründung weiterer Ausga-
601benkürzungen, von Personalabbau und Privatisierungen der noch verbliebenen öf-
602fentlichen Güter und Unternehmen.

603

604Deutschland ist durch die Exportlastigkeit der Wirtschaft verwundbar geworden.
605Wenn die Nachfrage aus anderen Ländern zurückgeht, weil ihre Handelsbilanzdefizi-
606te, die ja die notwendige Kehrseite der deutschen Exportüberschüsse sind, nicht un-
607begrenzt finanziert werden können, führt dies zu einer dramatischen Unterauslastung
608der industriellen Kapazitäten in der Bundesrepublik. Ohne staatliches Gegensteuern
609droht die De-Industrialisierung ganzer Regionen und weiter steigende Arbeitslosig-
610keit.

611

612Diese Entwicklungen zeigen: Der Kapitalismus ist nicht nur sozial ungerecht. Er un-
613terminiert auch die produktiven Grundlagen der Ökonomie. Er führt zu einer systema-
614tischen Fehlsteuerung der Wirtschaft, zum Aufbau riesiger Überkapazitäten und an
615anderer Stelle zu einer gravierenden Unterversorgung und zu gewaltigen ökologi-
616schen Schäden. Sein Ergebnis sind bedrohliche globale Ungleichgewichte und die
617Zerstörung von Produktion und Produktivität, von Arbeitsplätzen und Wohlstand, von
618Innovation und Kreativität. Er ruiniert die Mittelschichten und bewirkt eine extreme
619Einkommens- und Vermögenskonzentration bei den Reichsten, die die Finanzmärkte
620aufbläht und die Nachfrage auf den Gütermärkten stranguliert.

621

622Die neoliberale Politik hat durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung die
623Wurzeln für die gegenwärtige Krise gelegt, die sich, wenn nicht politisch gegenge-
624steuert wird, zur Katastrophe auswachsen kann. Der ideologische und politische
625Bankrott des Neoliberalismus ist offenkundig. Als erster Schritt ist ein grundlegender
626Richtungswechsel der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung notwendig,
627ein sozial-ökologischer Umbau. Die nachhaltige Überwindung der wirtschaftlichen
628Krise und Massenarbeitslosigkeit, der sozialen Krise und der Energie- und Klimakrise
629erfordert eine andere Wirtschaftsordnung, die nicht mehr vom Streben nach maxima-
630lem Profit beherrscht wird.

631

632Dieser neoliberale Kapitalismus ist heute in der Krise und beschwor zugleich eine
633Krise der Zivilisation herauf. Die Unterordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unter

634die Kapitalverwertung bedroht die Existenz der menschlichen Zivilisation. Der Fi-
635nanzmarkt-Kapitalismus hat die Elemente einer vierfachen Krise aufgehäuft. Sie be-
636treffen die Fragen von Macht und Eigentum, das Verhältnis von Natur und Gesell-
637schaft, die Produktions- und Lebensweise und die Fragen von Sicherheit und Ent-
638wicklung.

639

640 **Krise des sozialen Zusammenhalts**

641

642Es ist eine *Krise des sozialen Zusammenhalts* entstanden, die eng mit einer Sinnkri-
643se verbunden ist. Immer mehr Menschen werden in extreme Unsicherheit und wach-
644sende Armut gezwungen. Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile
645der Bevölkerung – darunter in zunehmendem Maß auch hoch qualifizierter Arbeits-
646kräfte. Während viele im Arbeitsprozess kreativ herausgefordert sind, werden andere
647gezwungen, auch die unsinnigste Arbeit zu jedem Preis anzunehmen. Das Bildungs-
648system trägt zur sozialen und kulturellen Spaltung der Gesellschaft bei. In vielen Län-
649dern nehmen Rassismus und Faschismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit zu.
650Migrantinnen und Migranten sind von menschenrechtswidrigen Abschiebungen be-
651droht. Repressive Elemente in der Innenpolitik werden ausgeweitet.

652

653 **Aushöhlung der Demokratie**

654

655Der Finanzmarkt-Kapitalismus stürzt eine demokratische Gesellschaft in die Krise.
656Die Möglichkeit demokratischer Einflussnahme und Mitgestaltung schwindet in dem
657Maße, wie die Macht der Konzerne und Finanzmogule zunimmt und die Privatisie-
658rung und Liberalisierung der Ökonomie die politischen und öffentlichen Gestaltungs-
659spielräume verringern. Die Gewinne der Globalisierung werden privatisiert, die Ver-
660luste sozialisiert. Gleichzeitig wird der repressive Überwachungsstaat ausgebaut. Die
661Rechte von Staatsbürgerinnen und -bürgern werden geschwächt und ihre Verwirkli-
662chung hängt immer stärker vom persönlichen Einkommen ab. Wer davon zu wenig
663hat und gleichzeitig von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen wird, reagiert oft
664mit Politikverdrossenheit. So entsteht ein gefährlicher Teufelskreis der Unterhöhlung
665eines demokratischen Systems durch ökonomische Macht und der hilflosen Reaktion
666darauf.

667

668Es entwickelt sich eine *Krise der Demokratie und der gesellschaftlichen Regulation*.
669Die globalen Herrschaftseliten entscheiden nicht im Interesse der großen Mehrheit
670der Weltbevölkerung. Sie haben sich als unfähig und nicht willens erwiesen, die
671Richtung der globalen Entwicklung sozial und ökologisch zu verändern. Die Staaten
672und die Weltgesellschaft bleiben Geisel der Vermögensbesitzer und Spekulanten.
673Standortkonkurrenz und der Kampf um knappe Ressourcen liefern ganze Kontinente
674und große Teile der erwerbstätigen Bevölkerung einem hemmungslosen Unterbie-
675tungswettbewerb, dem Sozialabbau und der Ausplünderung aus. Die erkämpfte De-
676mokratie, die eroberten individuellen Freiheiten und die sozialstaatlichen Fortschritte
677werden durch die Vorherrschaft einer globalen Oligarchie untergraben.

678

679 **Die Zentralität der ökologischen Frage**

680

681Der globale Kapitalismus versagt nicht nur sozial und ökonomisch, sondern auch
682ökologisch. Er orientiert Entscheidungen auf immer kürzere Zeithorizonte. Es wird
683auf Wechselkursschwankungen, auf Kursänderungen von Wertpapieren und Aktien,
684auf Zinsdifferenzen und Veränderungen von Preisen für Immobilien und Ressourcen

685spekuliert. Entscheidungen mit längerfristiger Perspektive und die Berücksichtigung
 686langer Zyklen der Natur stehen in tiefem Widerspruch zum kurzfristigen Profitkalkül.
 687Das Wachstum der vergangenen 250 Jahre basierte vor allem auf der Nutzung fossi-
 688ler Energieträger, zunächst der Kohle und seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts von
 689Erdöl und Erdgas. Die Öl-, Kohle- und Gasreserven jedoch sind begrenzt. Der Höhe-
 690punkt der Förderung wird in absehbarer Zeit erreicht sein. Danach wird das Angebot
 691von fossiler Energie rückläufig sein, während die Nachfrage infolge des immer noch
 692riesigen Bedarfs an fossilen Energien in den Industrieländern und den Schwellenlän-
 693dern steigt. Unter kapitalistischen Bedingungen wird dies die Preise der fossilen
 694Energieträger und dabei auch die Profite der Energiekonzerne hochtreiben und auf
 695diese Weise auch ihre gesellschaftliche und politische Macht weiter stärken.

696

697Es ist zu einer *Krise der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, einer Krise der*
 698*Reproduktion* gekommen. In vielen Ländern ist nicht einmal die Ernährung der Bevöl-
 699kerung gesichert. Die heutigen Gesellschaften zehren von der Substanz. Die drohen-
 700de Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die
 701beschleunigte Vernichtung der biologischer Vielfalt einerseits und die Spaltung der
 702Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in aus-
 703ufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits sind zwei Seiten einer
 704Medaille. Die Menschen sind von Klimaerwärmung und sozialer Kälte bedroht. Die
 705soziale und die ökologische Frage können nur gemeinsam gelöst werden.

706

707Die große Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel.
 708Dürregebiete weiten sich aus, Gletscher schmelzen, Flusspegel sinken, der Meeres-
 709spiegel steigt, Landstriche werden überflutet. Ungewöhnliche Wetterereignisse häu-
 710fen sich. Menschen werden zur Migration gezwungen. Um den Anstieg der Tempera-
 711turen auf der Erde zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energien radikal ein-
 712geschränkt werden. Technische Lösungen wie die Kohlendioxidspeicherung haben
 713unkalkulierbare Risiken und Nebenwirkungen und verzögern nur den notwendigen
 714Umbau. Auch die bisherigen Erfahrungen mit dem Emissionshandel in Europa sind
 715enttäuschend. Es ist zu befürchten, dass die gehandelten Zertifikate als Wertpapiere
 716wie andere verbriefte Papiere auch zu spekulativen Zwecken genutzt werden. Der
 717Erwerb von Emissionsrechten durch die Verursacher von Treibhausgasen in den In-
 718dustrieländern von den Entwicklungsländern ist ein zynisches Tauschgeschäft von
 719Umweltverschmutzung gegen Armut. Immer deutlicher wird: Eine ökologisch nach-
 720haltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die
 721ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Sys-
 722temfrage.

723

724 **Imperialismus und Krieg**

725

726Die kapitalistischen Staaten sorgen dafür, dass ihre Unternehmen weltweit Zugriff auf
 727alle Ressourcen haben, dass sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten sowie
 728auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können. Dazu nutzen sie ihre ökonomische
 729und militärische Vormachtstellung und ihre beherrschende Rolle in den internationa-
 730len Handels- und Finanzinstitutionen. Der heutige Imperialismus stützt sich vor allem
 731auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung.

732

733Imperiale Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische,
 734politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite und Märkte. Kriege entspringen
 735darüber hinaus aus Armut und Unterdrückung, aus Klimawandel, aus Verknappung

736und ungerechter Aneignung von Naturressourcen. Sie führen zu weiteren militäri-
737schen, ethnischen und religiösen Konflikten, dem Zerfall von Staaten, zu Fundamen-
738talismus und Terrorismus. Unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen
739werden auch Gewalt und Kriege zum Mittel der Politik. Oft geschieht dies unter dem
740Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus oder gegen „Schurkenstaaten“. Be-
741sonders fatal ist dabei die Begründung von militärischen Interventionen mit dem
742Schutz von Menschenrechten. Nach dem Ende der Systemauseinandersetzung ist in
743den 1990er Jahren der Krieg auch nach Europa zurückgekehrt. Deutschland war
744eine treibende Kraft im Krieg gegen Jugoslawien, unterstützt direkt und indirekt den
745illegalen Krieg der USA im Irak und beteiligt sich am Krieg in Afghanistan.

746

747Die Gefahr ist groß. Ein neuer Imperialismus in einem „entdemokratisierten“ Raum
748entsteht. Mächtige Fraktionen der Machteliten der Vereinigten Staaten haben deren
749globale Vorherrschaft zum Ziel. Auch die EU versucht zunehmend aggressiv, in der
750weltweiten Auseinandersetzung um Macht, Einfluss und natürliche Ressourcen ihre
751Stellung auszubauen. Kriege einschließlich präventiver Angriffskriege gelten führen-
752den Kräften der USA, der NATO und der EU wieder als taugliche Mittel der Politik.
753Das globale Netz von ausländischen Militärstützpunkten wurde ausgebaut. Der
754Schutz der Menschenrechte wird dazu missbraucht, Kriege zu legitimieren.

755

756Die EU, deren große friedenspolitische Leistung darin besteht, dass in der Europäi-
757schen Union seit mehr als einem halben Jahrhundert kein Krieg mehr geführt wurde,
758beteiligt sich außerhalb ihres Territoriums zunehmend an Kriegen: Dem Krieg zur
759Auflösung Jugoslawiens folgte die Beteiligung an den Aggressionen gegen Afghanis-
760tan und den Irak durch EU-Mitgliedstaaten. Die wachsende Bedeutung militärischer
761Mittel für die EU spiegelt sich im Grundlagenvertrag von Lissabon wider. Er enthält
762nicht nur eine Aufrüstungsverpflichtung, sondern ermöglicht auch die Beteiligung von
763EU-Kampfverbänden an internationalen Konflikten.

764

765

766III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert

767

768Der Kapitalismus ist nicht „das Ende der Geschichte“. Denn: Eine Gesellschaft der
769Freien und Gleichen, in der Demokratie und Frieden herrschen, in der die Gleichheit
770der Geschlechter gewährleistet ist und die Natur bewahrt wird, ist nur möglich, wenn
771die Vorherrschaft des Kapitals über die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Natur zu-
772rückgedrängt und gebrochen wird. Der Kapitalismus kann nur dann überwunden wer-
773den, wenn ein Aufbruch eingeleitet wird zu einer anderen Art zu arbeiten und zu le-
774ben, zu einer anderen Weise der gesellschaftlichen Produktion und des Verhältnis-
775ses zur Natur, zu wirklicher Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft sowie zu um-
776fassender internationaler Solidarität und gemeinsamer Entwicklung, die die Grundla-
777ge für Frieden sind. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts geht es um die Frage von
778Sozialismus oder Barbarei, wie sie schon Rosa Luxemburg hundert Jahre zuvor ge-
779stellt hat.

780

781Der erste große Versuch im 20. Jahrhundert, eine nichtkapitalistische Ordnung auf-
782zubauen, ist an mangelnder Demokratie, Überzentralisation und ökonomischer Ineffi-
783zienz gescheitert. Unter Pervertierung der sozialistischen Idee wurden Verbrechen
784begangen. Dies verpflichtet uns, unser Verständnis von Sozialismus neu zu bestim-
785men. Wir wollen einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der den

786 heutigen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen und Möglichkeiten ge-
787 recht wird.

788

789 Für Rosa Luxemburg endet Gleichheit ohne Freiheit in Unterdrückung, und Freiheit
790 ohne Gleichheit führt zu Ausbeutung. Wir streben eine sozialistische Gesellschaft an,
791 in der jeder Mensch in Freiheit sein Leben selbst bestimmen kann und dabei solidari-
792 sch mit anderen zusammenwirkt. Die Überwindung der Dominanz kapitalistischen
793 Eigentums in der Wirtschaft und ein sozialer Rechtsstaat ist dafür die wichtigste
794 Grundlage. So kann ein gutes Leben gestaltet, eine soziale Demokratie hergestellt
795 und erweitert werden. Alle Menschen sollen am Reichtum teilhaben können. Der so-
796 zial gleiche Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen eines freien Lebens und
797 die Demokratisierung aller Lebensbereiche gehören zusammen. Sozialismus und
798 Demokratie sind untrennbar. Wir wollen eine andere Art von wirtschaftlicher Entwick-
799 lung und wissenschaftlich-technischem Fortschritt, um die natürliche Umwelt zu be-
800 wahren und den nachfolgenden Generationen eine verbesserte Welt zu hinterlassen.
801 Wir wollen, dass Rechtsstaat und Sozialstaat eine Einheit bilden und streiten für eine
802 weltweite Ordnung, die durch Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit geprägt ist.

803

804 Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative stellt sich weltweit. In Latein-
805 amerika hat die Erfahrung mit der kapitalistischen Barbarei bereits an der Schwelle
806 des 21. Jahrhunderts zur Entstehung starker Gegenbewegungen geführt. Ihnen gilt
807 unsere Solidarität. Sie haben die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis-
808 se verändert. Mehrere lateinamerikanische Länder wagen bereits den Ausbruch aus
809 der neoliberalen Entwicklungslogik.

810

811 Heute besteht die Möglichkeit, jedem Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit und
812 Würde zu gewährleisten. Not und Elend können überall auf der Welt überwunden
813 werden. Wir wollen, dass alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Neigungen am
814 gesellschaftlich organisierten Arbeitsprozess mitwirken können und streben eine
815 neue, gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen gesellschaftlich not-
816 wendigen Arbeiten an.

817

818 Demokratischer Sozialismus orientiert sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit,
819 Solidarität, an Frieden und sozialökologischer Nachhaltigkeit. Diese bestimmen auch
820 die Mittel auf dem Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Demo-
821 kratischer Sozialismus fördert die Entfaltung der zivilisatorischen Entwicklungspoten-
822 ziale der Gesellschaft und zielt auf grundlegende Veränderungen der herrschenden
823 Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse. Er verbindet Protest und Wider-
824 stand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformprojekte unter den
825 gegebenen Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus, zu
826 einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert be-
827 stimmen wird.

828

829 Die LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher
830 Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser
831 Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Um-
832 wälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.

833

834 **Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie**

835

836 Eine entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Eigen-

837tumsfrage. Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Solange die Ent-
838scheidungen großer Unternehmen sich an den Renditewünschen privater Anteilseig-
839ner (Shareholder) statt am Interesse der Allgemeinheit orientieren, ist Politik erpress-
840bar und Demokratie wird ausgehöhlt. Eine soziale, friedliche und umweltgerechte,
841demokratische Gesellschaft erfordert, dass die ökonomische Macht derer, die an Ar-
842mut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen, zurückgedrängt
843und überwunden wird.

844

845Die LINKE kämpft für die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Wir wollen eine
846radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch auf wirtschaftliche Entscheidun-
847gen erstreckt, und sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und öko-
848logischen Maßstäben unterwerfen.

849

850Eine Wirtschaft, die den Menschen und nicht dem Profit dient, hat vor allem folgende
851Funktionen zu erfüllen: Erstens soll sie die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger
852befriedigen und allen ein Leben in Wohlstand und sozialer Sicherheit gewährleisten,
853zweitens ökologisch nachhaltig wirken, drittens innovativ auf neue Herausforderun-
854gen reagieren und viertens sparsam die gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen.
855Darüber hinaus muss sie so organisiert sein, dass alle direkt und indirekt in der Wirt-
856schaft tätigen Menschen ihre Fähigkeiten frei entfalten und sich in ihrer Tätigkeit bil-
857den und weiterbilden können. In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie DIE
858LINKE sie anstrebt, haben verschiedene Eigentumsformen Platz: staatliche und kom-
859munale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen des
860Eigentums. Die Belegschaften, die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Reprä-
861sentanten der Gemeinwohlinteressen sollen eine starke demokratische Mitsprache
862haben und an den wirtschaftlichen Entscheidungen direkt partizipieren.

863

864 **Öffentliches und Belegschaftseigentum**

865

866Strukturbestimmende Großbetrieben der Wirtschaft wollen wir in demokratische
867gesellschaftliche Eigentumsformen überführen und kapitalistisches Eigentum
868überwinden. Auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die
869demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder
870kollektiven Eigentumsformen (staatliches oder kommunales Eigentum,
871Genossenschaften, Belegschaftseigentum) sie sich vollziehen soll, muss im
872demokratischen Prozess entschieden werden.

873

874Die Beschäftigten müssen realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen
875bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem
876von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen beteiligt werden. In wichtigen Fragen, etwa
877wenn Massenentlassungen oder Betriebsschließungen geplant sind, muss es
878Belegschaftsabstimmungen geben.

879

880Die Daseinsvorsorge, die gesellschaftliche Infrastruktur, die Finanzinstitutionen und
881die Energiewirtschaft gehören in öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrol-
882liert werden. Sie dürfen nicht nach dem Profitkalkül privater Unternehmen geführt
883werden.

884

885Die Grundversorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Leistungen wie Energie,
886Wasser und Mobilität, aber auch Wohnen, die soziale Infrastruktur, Gesundheit, Bil-
887dung und Kultur darf nicht kapitalistischem Profitstreben überlassen werden. Sie

888muss öffentlich organisiert und garantiert werden. Denn renditeorientierte Unterneh-
 889men richten ihr Angebot nicht am Bedarf der Menschen aus, sondern ausschließlich
 890an der zahlungskräftigen Nachfrage. Sie umwerben und privilegieren die Wohlhaben-
 891den und vernachlässigen die Finanzschwachen.

892

893Private Energieversorger begünstigen industrielle Großkunden und belasten vor al-
 894lem ärmere Haushalte. Stattdessen muss Energie für industrielle Großverbraucher
 895teuer sein, um den Einsatz Energie sparender Technologien zu begünstigen. Vor al-
 896lem ärmere Haushalte dagegen müssen von hohen Energiekosten entlastet und bei
 897Energieeinsparung unterstützt werden. Ebenso gilt: Die Bahn und Unternehmen des
 898öffentlichen Nah- und Fernverkehrs dürfen sich nicht allein an der Rendite orientie-
 899ren. Entscheidend muss sein, dass sie Mobilität - auch zwischen kleineren Orten - er-
 900möglichen und eine attraktive, preisgünstige und umweltverträgliche Alternative zum
 901Individualverkehr darstellen. Es muss konsequent die Zielsetzung verfolgt werden,
 902Gütertransport von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

903

904Stromversorgung, Telekommunikation, Eisenbahnverkehr und andere Dienste sind
 905zudem an bundesweite Netze gebunden, die ein natürliches Monopol bilden. Befin-
 906den sich solche Monopole in privater Hand, ist Preiswucher die nahezu unvermeidli-
 907che Folge. Oft führt das private Profitkalkül auch dazu, dass die Wartung und In-
 908standhaltung der Netze vernachlässigt wird, mit negativen Langzeitfolgen.

909

910Daher müssen netzgebundene Dienstleistungen und Einrichtungen der Daseinsvor-
 911sorge in öffentlichem Eigentum bleiben oder in öffentliches Eigentum überführt wer-
 912den und der demokratischen Kontrolle unterliegen.

913

914Auch große Naturreichtümer gehören allen und daher in öffentliche Hand. Nach dem
 915Grundgesetz soll Eigentum „dem Wohle der Allgemeinheit“ dienen und nicht nur dem
 916der oberen Zehntausend. Dieser Verfassungsgrundsatz kann nur in einer Wirtschaft
 917eingelöst werden, in der private Großanleger und Finanzinvestoren keine Vormacht
 918haben, sondern die auf einem starken öffentlichen Sektor beruht. Dabei sind starke
 919und aktive Gewerkschaften unverzichtbar. Nur mit ihnen lässt sich die sozialstaatli-
 920che Regulierung demokratisch gestalten.

921

922Die LINKE tritt für ein Bankensystem aus drei Säulen ein: Sparkassen, Genossen-
 923schaftsbanken und staatliche Großbanken. Ein funktionierender Finanzsektor ist ein
 924öffentliches Gut, seine Bereitstellung daher eine öffentliche Aufgabe. Die Zentralban-
 925ken sollen sich nicht nur an der Geldwert- und Währungsstabilität, sondern gleichbe-
 926rechtigt auch am Beschäftigungsziel und dem Ziel nachhaltiger Entwicklung orientie-
 927ren.

928

929Auch Unternehmen im Eigentum von Bund, Ländern oder Kommunen bedürfen der
 930Kontrolle. Sie müssen sozialen und ökologischen Vorgaben unterliegen und dem Ge-
 931meinwohl gesetzlich verpflichtet werden. Den Belegschaften müssen starke Mitbe-
 932stimmungsrechte als Korrektiv zu den Entscheidungen des Managements garantiert
 933werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wirksame Möglichkeiten der Partizipation
 934an der Entwicklung der kommunalen Dienstleistungen erhalten. Im Unterschied zu
 935privaten Unternehmen sind öffentliche Unternehmen nicht an kurzfristige Renditeer-
 936wartungen gebunden. Öffentliches Eigentum ist keine Garantie, aber die Vorausset-
 937zung für neue Kriterien und Prioritäten des Wirtschaftens. Hinzu kommt: Gewinne öf-
 938fentlicher Unternehmen stärken öffentliche Einnahmen, sei es auf kommunaler, Lan-

939des- oder Bundesebene, und kommen damit der Allgemeinheit und nicht nur einer
940kleinen Schicht von privaten Eigentümern zugute.

941

942***Kleine und mittlere Unternehmen***

943

944Private Gewinnorientierung kann Produktivität und technologische Neuerung
945befördern, solange kein Unternehmen stark genug ist, Preise und Umfang des
946Angebots zu diktieren. Deshalb muss Wettbewerbskontrolle oder Vergesellschaftung
947marktbeherrschende Privatunternehmen verhindern. Starke Sozialgesetze und
948unabhängige Gewerkschaften müssen die Rechte der Beschäftigten schützen, der
949Verbraucherschutz soll die Konsumenten stärken und strikte Umweltauflagen
950Raubbau an der Natur verhindern.

951

952Kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbständige haben oft ein hohes
953innovatives und kreatives Potenzial und sind daher zu fördern. Erforderlich sind
954Rahmenbedingungen, die hohe soziale und ökologische Standards sichern und
955Konzentration von Einkommen und Vermögen verhindern. Das schließt auch eine
956Umverteilung von Einkommen und Vermögen und eine demokratische Organisation
957und Steuerung der Wirtschaft und Gesellschaft ein.

958

959Das genossenschaftliche Eigentum vor allem in der Landwirtschaft sowie in den Be-
960reichen kleiner oder auch mittlerer Unternehmen nicht zuletzt auf den Feldern des
961Handels, handwerklicher Produktion und innovativer Neugründungen in Wissen-
962schaft und Technik wollen wir stärken.

963

964***Eine wirkungsvolle demokratische, soziale, ökologische und Rahmensetzung***

965

966Wirtschaftliche Entwicklung darf nicht nur dem Markt und den Unternehmen überlas-
967sen, sondern muss in ihren Grundrichtungen demokratisch gesteuert werden. Erfor-
968derlich ist neben leistungsfähigen öffentlichen Unternehmen eine zielgerichtete öf-
969fentliche Investitionstätigkeit.

970

971Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss Vollbeschäftigung anstreben, die inländische
972Nachfrage stärken und für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung sor-
973gen. Dazu müssen die Arbeitszeiten bei zunehmender Produktivität ohne Einkom-
974mensverlust fortschreitend verkürzt werden. Regionale und sektorale Wirtschaftspoli-
975tik muss auf der Grundlage einer demokratischen Rahmenplanung und einer strate-
976gisch gestaltenden Strukturpolitik steuernden Einfluss auf die Investitionsentschei-
977dungen der Unternehmen nehmen.

978

979DIE LINKE tritt für die Ergänzung der Parlamente durch Runde Tische oder Wirt-
980schafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. In solchen Gremien sollten Gewerk-
981schaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbraucher, soziale, ökologische und
982andere Interessen vertreten sein. Sie können im Dialog erarbeiten, was für die ver-
983schiedenen Aufgabenbereiche jeweils als orientierendes allgemeines Interesse an-
984gesehen werden soll und gesellschaftlich zur Geltung zu bringen ist. Diese Runden
985Tische oder Räte sollen die Möglichkeit haben, sozial und ökologisch schädliche Vor-
986haben zu stoppen und gesetzgeberische Initiativen einzuleiten.

987

988

989IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung

990

991Der Kampf für eine andere, bessere Welt, für den demokratischen Sozialismus, be-
992ginnt mit der Veränderung der Gesellschaft, in der wir leben. DIE LINKE setzt sich für
993die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ein. Einkommen und Vermögen werden
994durch Arbeit erzeugt und sollen daher entsprechend dem Beitrag zum gesellschaftli-
995chen Arbeitsprozess sowie nach Bedürftigkeit verteilt werden. Reichtum darf sich
996nicht länger bei den Kapital- und Großgrundbesitzern konzentrieren. Erwerbsarbeit,
997Arbeit in der Familie, die Sorge um Kinder, Partner und Freunde, die Teilhabe am
998kulturellen und politischen Leben und schließlich individuelle Weiterbildung und
999Muße sind wesentliche Lebensbereiche. DIE LINKE will für alle Menschen die Mög-
1000lichkeit schaffen, diese Lebensbereiche in selbstbestimmter Balance zu verbinden.

1001

1002Wir wollen die Grundrechte und Ansprüche verwirklichen, die das Grundgesetz for-
1003muliert: Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichberechtigung aller
1004Menschen, freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz, Unverletzlichkeit der Wohnung,
1005Meinungs-, Bekenntnis- und Vereinigungsfreiheit, Brief- und Telekommunikationsge-
1006heimnis, Asylrecht für politisch Verfolgte. Eigentum verpflichtet und soll zugleich dem
1007Wohl der Allgemeinheit dienen. Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmit-
1008tel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt wer-
1009den. Die Bundesrepublik Deutschland soll ein demokratischer und sozialer Rechts-
1010staat sein. Er hat die Aufgabe, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Alle
1011Staatsgewalt soll vom Volke ausgehen und in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt
1012werden. Vorbereitung oder Führung eines Angriffskrieges sind unter Strafe zu stel-
1013len.

1014

1015DIE LINKE fordert die Durchsetzung von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und poli-
1016tischen Reformen, die die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung in den Mittel-
1017punkt stellen und nicht die Bereicherungsansprüche der oberen Zehntausend. Indem
1018wir heute für linke Reformprojekte kämpfen, wirken wir zugleich für unser sozialisti-
1019sches Ziel.

1020

1021**1. Wie wollen wir leben? Gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit**

1022

1023DIE LINKE will, dass jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozia-
1024ler Sicherheit führen kann, sein Recht auf Arbeit, auf Bildung und Kultur wahrnehmen
1025kann, und nicht diskriminiert oder ausgegrenzt wird.

1026

1027**Gute Arbeit**

1028

1029Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare
1030Zeit die Erwerbsarbeit. Die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbs-
1031arbeit und der anderen notwendigen Arbeiten, insbesondere zwischen Männern und
1032Frauen, haben eine Schlüsselrolle auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen Le-
1033bensverhältnisse und des Sozialstaats.

1034

1035Die Massenerwerbslosigkeit muss deshalb überwunden werden. Sie ist erniedrigend
1036für die Betroffenen und sie verhindert gute Arbeit, weil sie die Position der Beschäf-
1037tigten und der Erwerbslosen und die Durchsetzungskraft ihrer Gewerkschaften ge-
1038genüber dem Kapital massiv schwächt. Sie verursacht großen finanziellen Druck auf

1039den Sozialstaat. Sie schwächt zudem alle politischen Bestrebungen für eine soziale
1040und ökologische Gestaltung der Produktions- und Lebensweise.

1041

1042DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter, prekärer und unterbezahlter Beschäfti-
1043gung. Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit sozial versichert sein. Wir kämpfen dage-
1044gen, dass reguläre Beschäftigung durch Leiharbeit, Scheinselbständigkeit oder Mini-
1045jobs ersetzt wird. Unabhängig von Geschlecht und Erwerbsstatus muss gelten: Gle-
1046ches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit. Schluss mit Armutslöhnen und
1047Lohndumping. Die Enteignung der Beschäftigten muss gestoppt werden.

1048

1049Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn in Existenz sichernder Höhe. Ta-
1050rifverträge müssen leichter als bisher für allgemeinverbindlich erklärt werden können.
1051Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifver-
1052träge einhalten, Mindestlöhne zahlen und soziale und ökologische Kriterien beach-
1053ten. Das Entsendegesetz muss künftig für sämtliche Branchen vorschreiben, dass für
1054alle Anbieter die Standards des Ortes gelten, an dem die Arbeit geleistet wird. Leih-
1055arbeit muss strikt begrenzt und wie die Arbeit der regulär Beschäftigten bezahlt wer-
1056den, zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung. Der Kündigungsschutz muss verbessert
1057und Befristungen müssen gesetzlich eng eingeschränkt werden.

1058

1059Wir wollen regelmäßige Lohnzuwächse, die mindestens den Produktivitätszuwachs
1060und die Preissteigerungen ausgleichen. Die Managergehälter müssen auf das 20fa-
1061che der untersten Lohngruppen im Unternehmen begrenzt, die Vergütung mit Aktien-
1062optionen sowie übermäßige Abfindungen müssen verboten werden.

1063

1064Die Arbeitszeiten müssen gemäß den Bedürfnissen der Menschen bei vollem Lohn-
1065ausgleich verkürzt werden. Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen
1066– das wollen wir als neue Vollbeschäftigung. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit
1067Kindererziehung und Pflege muss verbessert werden. Die Beschäftigten brauchen
1068zudem größere Selbst- und Mitbestimmungsrechte in Bezug auf ihre Arbeitszeit und
1069genügend freie Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten. Durch die
1070Reform des Arbeitszeitgesetzes soll die höchstzulässige durchschnittliche Wochen-
1071arbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt werden. Perspektivisch streben wir eine Ober-
1072grenze von 35 Stunden, längerfristig von 30 Stunden an. Wir wollen, dass dabei für
1073die Beschäftigten ein voller Lohnausgleich gesichert wird. Die Mitbestimmungsrechte
1074von Personal- und Betriebsräten sind vor allem im Hinblick auf Personal- und Stellen-
1075pläne zu erweitern. So ist zu erreichen, dass die Verkürzung der Wochenarbeitszeit
1076zu mehr Beschäftigung führt und der Leistungsdruck nicht weiter ansteigt. Den be-
1077trieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und das Jugendarbeitsschutzgesetz wol-
1078len wir verbessern. Die Ansprüche der Beschäftigten auf Weiterbildung wollen wir
1079ausweiten.

1080

1081Gute Arbeit für jede und jeden erfordert erweiterte Mitbestimmung der Beschäftigten
1082im Betrieb und im Unternehmen. Starke Gewerkschaften sind notwendig. DIE LINKE
1083unterstützt sie in ihren Anstrengungen. Das ungehinderte Streikrecht einschließlich
1084des Rechts auf den politischen Streik und den Generalstreik, muss gewährleistet
1085werden.

1086

1087**Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**

1088

1089Die neoliberale Entstaatlichungs- und Privatisierungspolitik der letzten Jahre hat in
1090vielen Bereichen zu einer massiven Unterversorgung geführt. Die Überwindung des
1091öffentlichen Investitionsstaus und ein Ausbau öffentlicher Beschäftigung sind überfäll-
1092lig. Es ist eine Schande, dass in einem reichen Land wie Deutschland Straßen ver-
1093rotten, Schulgebäude verfallen, Kinder und Jugendliche keine gute Bildung erhalten,
1094Pflegebedürftige vernachlässigt und kommunale Bibliotheken oder Schwimmbäder
1095aus Geldmangel geschlossen werden.

1096

1097Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie
1098muss für ein sozial und ökologisch gesteuertes, selektives Wachstum sorgen und
1099eine neue Vollbeschäftigung anstreben. Dazu muss die inländische Nachfrage durch
1100eine Umverteilung zu Gunsten kleiner und mittlerer Einkommen und eine Ausweitung
1101öffentlicher Leistungen gestärkt werden. DIE LINKE fordert große öffentliche Zu-
1102kunfts- und Investitionsprogramme in Bildung, in soziale, ökologische und Verkehrs-
1103infrastruktur. Dies schafft Nachfrage und Beschäftigung in privaten Unternehmen
1104ebenso wie im öffentlichen Dienst.

1105

1106Die Beschäftigung in öffentlichen und sozialen Dienstleistungen ist in Deutschland im
1107internationalen Vergleich stark unterentwickelt und zudem häufig schlecht bezahlt.
1108Wir wollen in diesen Bereichen Millionen neue reguläre und tariflich bezahlte Ar-
1109beitsplätze schaffen und so zugleich dringende gesellschaftliche Bedürfnisse befrie-
1110digen. Dies kann und muss dauerhaft solide finanziert werden durch eine sozial ge-
1111rechte Steuerpolitik, die Reiche und finanzstarke Unternehmen verstärkt heranzieht.

1112

1113Eine aktive staatliche Industrie- und Dienstleistungspolitik ist erforderlich, um De-In-
1114dustrialisierung zu verhindern und Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, im Han-
1115del und anderen Dienstleistungsbereichen zu sichern. Wir fordern ein Verbot von
1116Massenentlassungen in Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind. Das wird in
1117großem Umfang sozial abgesicherte Übergänge von Beschäftigten aus schrumpfenden
1118in zukunftsfähige Branchen einschließen.

1119

1120Wir wollen einen öffentlichen Zukunftsfonds einrichten, mit dem bedrohten, aber
1121überlebensfähigen Unternehmen geholfen werden und der sozial-ökologische Um-
1122bau gefördert werden kann. Dabei dürfen staatliche Hilfen nur im Tausch gegen ent-
1123sprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand oder Belegschaftsanteile verge-
1124ben werden. Diese Eigentumsrechte sind zu nutzen, um die Kriterien der Unterneh-
1125mensführung zu verändern: Die heutige Renditefixierung, die ausschließlich den Ei-
1126gentümern bzw. Aktionären nützt, muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das
1127den Unternehmenserfolg am langfristigen Wachstum, an den Interessen der Be-
1128schäftigten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit misst.

1129

1130Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich in besonderem Maße für all dieje-
1131nigen Menschen engagiert, die schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Öff-
1132entlich geförderte Beschäftigung muss sinnvolle und tariflich bezahlte Arbeitsplätze
1133anbieten. Diese sollten besonders dort geschaffen werden, wo der Markt Bedürfnisse
1134im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich nicht abdeckt.

1135

1136Den Finanzsektor demokratisch kontrollieren und dem Gemeinwohl verpflichten

1137
1138

1139Die privaten Banken sind für den Spekulationsrausch der letzten Jahre und die ent-
 1140standenen Milliardenverluste wesentlich verantwortlich. Private Banken müssen des-
 1141halb verstaatlicht, demokratischer Kontrolle unterworfen und auf das Gemeinwohl
 1142verpflichtet werden. Durch strikte Regulierung ist zu gewährleisten, dass der Banken-
 1143sektor in Zukunft wieder seinen öffentlichen Auftrag erfüllt: die zinsgünstige Finanzie-
 1144rung wirtschaftlich sinnvoller Investitionen insbesondere auch kleiner und mittlerer
 1145Unternehmen, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und Bereitstellung eines kos-
 1146tenlosen Girokontos für jedermann, sichere Anlage privater Ersparnisse. Das in den
 1147letzten Jahren explosiv angewachsene Investmentbanking ist abzuwickeln, der Ei-
 1148genhandel mit Wertpapieren und die Spekulation in Derivaten sind Banken zu verbie-
 1149ten, ebenso jegliche Geschäfte außerhalb der eigenen Bilanz und Geschäfte mit Un-
 1150ternehmen oder Personen, die rechtlich in Steuer- und Aufsichtsöasen registriert
 1151sind. Dringend erforderlich sind Rahmenvorgaben für Kredit- und Guthabenzinsen.
 1152Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, einen festgelegten Mindestanteil ihrer
 1153Bilanzsumme in Form von Kleinkrediten zu niedrigen Zinsen an mittelständische Un-
 1154ternehmen zu vergeben.

1155

1156Wir fordern eine effektive Kontrolle und Regulierung des internationalen Kapitalver-
 1157kehrs, ein Verbot hochspekulativer Investitionsvehikel, die die Stabilität des Finanz-
 1158systems und damit der gesamten Weltwirtschaft gefährden. Wir wollen spekulativen
 1159Investmentvehikeln wie Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften die Ge-
 1160schäftstätigkeit in der Bundesrepublik verbieten. Sämtliche Finanztransaktionen wie
 1161Börsumsätze, außerbörslicher Handel oder Devisengeschäfte sind mit einer Steu-
 1162er zu belegen, um Spekulation unattraktiv zu machen. Leerverkäufe sind zu verbie-
 1163ten. Als ersten Schritt fordern wir die Einführung einer Börsumsatzsteuer in
 1164Deutschland. Die Wechselkurse der wichtigsten Leitwährungen müssen durch Ziel-
 1165zonen stabilisiert werden. Auf europäischer Ebene müssen Regulierungs- und Auf-
 1166sichtsstrukturen aufgebaut und bestehende gestärkt werden. Steueroasen – in denen
 1167zudem keine wirksame Regulierung stattfindet – müssen ausgetrocknet werden, in-
 1168dem Geschäfte mit ihnen unterbunden werden.

1169

1170**Förderung strukturschwacher Regionen, Verantwortung in Ostdeutschland**

1171

1172DIE LINKE strebt gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesre-
 1173publik Deutschland und eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäi-
 1174schen Union an. Strukturschwache Länder und Regionen müssen in einem koopera-
 1175tiven und sozialen Bundesstaat unterstützt werden. Wir wenden uns gegen Wettbe-
 1176werbsföderalismus, in dem die Länder gegeneinander mit unterschiedlichen Steuern
 1177und Standards und Bedingungen im öffentlichen Dienst konkurrieren. Er nützt nur
 1178den reichen Ländern sowie den mobilen Unternehmen und wohlhabenden Bevölke-
 1179rungsgruppen. Er schadet den Menschen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen
 1180verschlechtert werden.

1181

1182Für DIE LINKE hat schon aufgrund ihrer historischen Entwicklung die Vertretung ost-
 1183deutscher Interessen besonderen Stellenwert. Ostdeutschland bedarf eines neuen
 1184Politikansatzes, um extrem hohe Arbeitslosigkeit, niedrigere Löhne als im Westen
 1185und das weitere Abwandern junger Menschen zu beenden. Neue Entwicklungswege
 1186für Ostdeutschland erfordern Landesentwicklungskonzepte und eine langfristige ge-
 1187samtdesche Innovations-, Investitions- und Strukturpolitik, um Entwicklungsnachtei-
 1188le Ostdeutschlands gezielt auszugleichen. Dazu gehören verstärkte Investitionen in
 1189Bildung, Qualifikation und Forschung, die Förderung von Zukunftsbranchen und –un-

1190ternehmen und von Zentren regionaler Wirtschaftsentwicklung durch Kooperation
1191von Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmensnetzen.

1192

1193Notwendig ist eine starke Regionalpolitik, an der die Bürgerinnen und Bürger vor Ort
1194demokratisch beteiligt werden und die alle vorhandenen lokalen und regionalen Ent-
1195wicklungspotenziale in Regionalentwicklungsplänen und Bürgerhaushalten fördert.
1196Erforderlich ist eine verbesserte Zusammenarbeit und Verflechtung von Wachstums-
1197zentren und strukturschwachen ländlichen Gebieten. Es geht darum, durch umfas-
1198sende Angebote in Bildung, Kultur, Freizeit- und Kinderbetreuungseinrichtungen und
1199die Förderung attraktiver Arbeitsplätze lebenswerte Rahmenbedingungen – beson-
1200ders für junge Menschen – zu schaffen, so dass es sich lohnt, in Ostdeutschland zu
1201bleiben.

1202

1203 **Umverteilung und gerechte Steuern**

1204

1205DIE LINKE will soziale Sicherheit für alle und soziale Gerechtigkeit. Soziale Ungleich-
1206heit der Einkommen und Vermögen sind nur gerechtfertigt, wenn sie auf unterschied-
1207licher Leistung beruhen oder als Anreize für die Bewältigung gesellschaftlicher Auf-
1208gaben notwendig sind. Wir streben deshalb eine soziale Umverteilung von oben nach
1209unten an. Gerechte, ausgeglichene Verhältnisse sind auch wichtig zur
1210Stärkung der Demokratie, weil die Verfügung über große finanzielle Mittel auch politi-
1211sche Macht verleiht.

1212

1213Die öffentlichen Finanzen wollen wir mit einer gerechten Steuerpolitik, die zu höheren
1214Einnahmen führt, stärken. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die
1215Profiteure des Finanzkapitalismus, der Umverteilungspolitik und der Bankenrettungs-
1216aktionen der Staaten müssen zu den Kosten der Krisenbewältigung und eines sozial-
1217ökologischen Umbaus herangezogen werden. Wir fordern die Wiedereinführung der
1218Vermögenssteuer in Form einer Millionärsteuer in Höhe von fünf Prozent jährlich auf
1219private Millionenvermögen. Wir fordern zugleich eine deutliche Anhebung der Erb-
1220schaftssteuer auf große Vermögen. Dies alles ist auch wichtig, um die extreme Un-
1221gleichheit und Konzentration privater Vermögen zu verringern.

1222

1223Konzerne und andere finanzstarke Unternehmen müssen wieder mehr Steuern zah-
1224len. Steuerschlupflöcher wollen wir schließen. Wir fordern die kräftige Anhebung des
1225Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer. Wir verlangen die Kontrollmitteilungen
1226der Banken über Kapitalerträge und eine Meldepflicht für Finanzanlagen im Ausland
1227sowie mehr Personal in den Finanzbehörden, um Steuerflucht und -hinterziehung zu
1228bekämpfen. Kapitaleinkommen müssen künftig wieder zum persönlichen Steuersatz
1229versteuert werden statt mit einer pauschalen Abgeltungssteuer von nur 25 Prozent.
1230Die Bezieherinnen und Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen wollen wir dage-
1231gen steuerlich entlasten. Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings, denn
1232dieses fördert die traditionelle männlich dominierte Alleinverdiener-Ehe und hemmt
1233die Erwerbstätigkeit von Frauen. Andere Familienformen werden dadurch benachtei-
1234ligt. Stattdessen sind die öffentlichen Maßnahmen zur Förderung von Kindern auszu-
1235weiten.

1236

1237Wir wollen eine vom benutzten Verkehrsmittel unabhängige Kilometerpauschale für
1238den Weg zur Arbeit einführen – auch für Niedrigverdienerinnen und -verdiener, die
1239keine Steuern zahlen. DIE LINKE will den ermäßigten Umsatzsteuersatz auf arbeits-
1240intensive Dienstleistungen des Handwerks ausweiten.

1241

1242 **Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat**

1243

1244 Jede und jeder braucht soziale Sicherheit, um selbstbestimmt leben und das Recht
 1245 auf demokratische Mitgestaltung umfassend wahrnehmen zu können. Wir wollen
 1246 einen aktiven Sozialstaat, der die Lebensrisiken wie Krankheit und Behinderung so-
 1247 wie Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit solidarisch absichert und im Alter ein
 1248 sorgenfreies Leben in Würde garantiert. Sozialstaatliche Leistungen müssen auf indi-
 1249 viduellen Rechtsansprüchen beruhen, um patriarchale Abhängigkeiten und behördli-
 1250 che Willkür zu verhindern.

1251

1252 Die Politik der Entstaatlichung, Liberalisierung und bedingungslosen Wettbewerbsori-
 1253 entierung ist rückgängig zu machen. Die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnis-
 1254 se wie Wohnen, Bildung und Gesundheit müssen für jeden Menschen unabhängig
 1255 von seinem Geldbeutel gewährleistet werden. Die Daseinsvorsorge in der Versor-
 1256 gung mit Wasser, Energie, Transport- und Kommunikationsdiensten flächendeckend,
 1257 für alle erschwinglich und in hoher Qualität zu sichern ist eine öffentliche Aufgabe.
 1258 Sie muss ebenso wie Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen in öffentlichen,
 1259 nicht-profitorientierten Unternehmen organisiert werden. Das Recht auf menschen-
 1260 würdiges Wohnen muss gesetzlich verankert werden. Die Teilhabe an Kultur muss
 1261 gesichert werden. Wir wollen, dass Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder und
 1262 Jugendliche problemlos erreichbar sind, ebenso wie soziale Dienste der Familien-
 1263 und Erziehungshilfe. Ausnahmslos alle in Deutschland Lebenden, unabhängig von
 1264 ihrer Staatsangehörigkeit, müssen durch den demokratischen Sozialstaat gegen
 1265 Ausgrenzungen geschützt werden.

1266

1267 Ein wichtiger Grund für die Finanzprobleme der Sozialkassen ist die Massenarbeits-
 1268 losigkeit. Hinzu kommen politische Entscheidungen zu Lasten der Sozialversicherun-
 1269 gen, Lohndumping und die Vernichtung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.
 1270 Diese Entwicklungen haben zur Erosion der Beitragseinnahmen geführt. Es gibt auch
 1271 keinen demographischen Grund für Rentenkürzungen. Denn die steigende Produkti-
 1272 vität der Arbeit ermöglicht bei solidarischer Verteilung weiter steigende Renten eben-
 1273 so wie Arbeitseinkommen trotz eines wachsenden Anteils Älterer an der Bevölke-
 1274 rung.

1275

1276 Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und in der
 1277 Pflege, in die alle nach Maßgabe ihrer Einkommen einzahlen und die im Bedarfsfall
 1278 alle medizinischen und pflegerischen Leistungen übernimmt. Wir wollen die Wieder-
 1279 einföhrung von poliklinischen Strukturen, also ambulante Behandlungszentren mit
 1280 angestellten Fachärzten verschiedener Fachrichtungen. Das würde zu vielen Vortei-
 1281 len sowohl für Patientinnen und Patienten als auch für Ärztinnen und Ärzte führen
 1282 und zu einem vernünftigen Umgang mit Ressourcen beitragen. Eine Reduzierung der
 1283 Kosten wird nicht durch Leistungskürzungen, sondern durch eine gesetzliche Kon-
 1284 trolle der Arzneimittelpreise erreicht. Private Zuzahlungen wie auch private Kranken-
 1285 kassen lehnen wir ab. Wichtig ist die Sicherung hoher Qualitätsstandards im Ge-
 1286 sundheitswesen.

1287

1288 Wir wollen eine sichere und auskömmliche gesetzliche Rente, die deutlich über der
 1289 Armutsgrenze liegt und den erarbeiteten Lebensstandard weitgehend sichert. Sie
 1290 macht eine staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge überflüssig. Diese kann
 1291 drohende Altersarmut nicht vermeiden und hat zur Aufblähung der Finanzsphäre we-

1292sentlich beigetragen. Wir fordern die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine pari-
1293tätisch finanzierte, gesetzliche Rentenversicherung. Wir streiten für die Angleichung
1294der Rentenwerte Ost und West. Wir wollen den Solidarausgleich in der gesetzlichen
1295Rente stärken und dabei die Beitragsbemessungsgrenzen aufheben. Um Altersarmut
1296zu verhindern, wollen wir eine erhöhte bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter. Die
1297Rente erst ab 67 lehnen wir ab.

1298

1299Auch bei Arbeitslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Le-
1300bensstandard annähernd sicherstellen. Wir fordern daher: Hartz IV muss weg. Wir
1301brauchen stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld
1302und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsäch-
1303lich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Wir fordern die Abschaf-
1304fung erniedrigender Bedürftigkeitsprüfungen sowie ein Ende des Zwangs, untertarif-
1305lich bezahlte oder der eigenen Qualifikation nicht angemessene Arbeit anzunehmen.

1306

1307Um Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen
1308Leben zu ermöglichen, sind Nachteilsausgleiche und das Recht auf Selbstvertretung
1309auf allen Ebenen unerlässlich. Wir fordern die Umsetzung der UN-Konvention für die
1310Rechte behinderter Menschen.

1311

1312 **Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit**

1313

1314Es gibt immer noch kein ausgeglichenes und gerechtes Verhältnis zwischen den Ge-
1315schlechtern. Nach wie vor beeinflussen die traditionellen Rollenklischees das Leben
1316von Frauen und Männern, beeinträchtigen ihre Lebensqualität und Chancen in der
1317beruflichen und sozialen Entwicklung. Patriarchale Strukturen durchziehen nach wie
1318vor alle gesellschaftlichen Bereiche. Frauen erbringen mehr als die Hälfte aller Arbeit
1319in der Gesellschaft, aber ihre Arbeit wird weniger anerkannt und sie werden immer
1320noch wesentlich geringer entlohnt als die männlichen Kollegen. Entsprechend niedri-
1321ger fallen ihre Sozialleistungsansprüche aus. Insbesondere die Arbeitsbedingungen,
1322die schlechtere Bezahlung und lange Arbeitszeiten benachteiligen Frauen und ver-
1323festigen das traditionelle Geschlechterverhältnis. Folge ist, dass Frauen häufig ihre
1324Existenz nicht selbst sichern können. Ökonomische Abhängigkeiten begünstigen
1325auch das Entstehen von Gewaltverhältnissen.

1326

1327DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch.
1328Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes solidarisches Leben ein, in dem Erwerbsar-
1329beit, Familienarbeit, gesellschaftliches und politisches Engagement für Männer und
1330Frauen miteinander vereinbar werden. Wir treten dafür ein, die sozialen Sicherungs-
1331systeme, die Gestaltung der Arbeitswelt, das Angebot an öffentlichen Dienstleistun-
1332gen und die Rahmenbedingungen für die politische Beteiligung in Wirtschaft und Po-
1333litik so zu verändern, dass Benachteiligungen abgebaut werden. Alle politischen Ent-
1334scheidungen und Vorschläge müssen systematisch danach beurteilt werden, welche
1335Auswirkungen sie auf Frauen und auf Männer haben werden.

1336

1337Wir unterstützen Maßnahmen, die zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen,
1338streiten für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, für die Verkürzung der
1339Arbeitszeit und für die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit auf Män-
1340ner und Frauen. Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft.
1341Die Flexibilisierung der Arbeit darf nicht dazu führen, dass das soziale Miteinander in
1342Familien dem Diktat der Verwertbarkeit von Arbeit unterworfen wird. Wir lehnen pre-
1343käre, ungesicherte Beschäftigung und eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeit

1344auch deshalb ab, weil solche Arbeitsverhältnisse familien- und kinderfeindlich sind.
 1345Vielmehr wollen wir Arbeitszeit und Arbeitsmöglichkeiten in der Weise flexibel gestal-
 1346ten und sozial absichern, dass sie familien- und kinderfreundlich sind. Wir fordern ein
 1347Recht auf ganztägige **gebührenfreie** Betreuung in Krippen, Kindergärten und Kinder-
 1348tagesstätten für alle Kinder. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung, damit Frauen
 1349und Männer gleichberechtigt Erwerbsarbeit und Familienleben miteinander vereinba-
 1350ren können. Quotierung bleibt ein wichtiges Mittel zur Förderung der Geschlechterge-
 1351rechtigkeit.

1352

1353

13542. *Wie wollen wir entscheiden? Demokratisierung der Gesellschaft*

1355

1356Die Bundesrepublik Deutschland bedarf der Erneuerung als demokratischer und so-
 1357zialer Rechtsstaat. Deshalb muss die repräsentative parlamentarische Demokratie
 1358durch direkte Demokratie erweitert werden. Der Volksentscheid soll dafür ein wichti-
 1359ges Mittel werden. Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, insbesondere auch
 1360im Finanzsektor, die Stärkung des Öffentlichen und einer demokratischen Öffentlich-
 1361keit sind unsere Alternativen zu neoliberaler Privatisierung und einen autoritären Si-
 1362cherheitsstaat.

1363

1364**Stärkung der Parlamente und partizipative Demokratie**

1365

1366

1367Für DIE LINKE gehören politische und soziale, individuelle und kollektive Freiheits-
 1368und Teilhaberechte zusammen. DIE LINKE will demokratische Kontrolle und Mitbe-
 1369stimmung in der Wirtschaft und im Staat, in den Massenmedien, in Bildung und Wis-
 1370sensschaften und anderen Gesellschaftsbereichen ausbauen. Betriebe und Beleg-
 1371schaften dürfen nicht länger die Verfügungsmasse kurzfristiger Finanzinvestoren
 1372sein. Deshalb setzen wir uns für die Erweiterung der paritätischen Mitbestimmung,
 1373für die Durchsetzung des Vetorechts der Belegschaften gegen die Schließung von
 1374Betrieben ein, die nicht von Insolvenz bedroht sind.

1375

1376Die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, über ihr eigenes Leben selbst zu bestim-
 1377men, hängt in hohem Maße von den Kommunen ab. Dort werden wichtige Fragen
 1378des Alltags wie auch der Zukunft der Gesellschaft entschieden. DIE LINKE engagiert
 1379sich deshalb für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, für starkes kommunales
 1380Eigentum und eine leistungsfähige Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
 1381Damit Demokratie keine leere Hülle wird, brauchen Kommunen und Staat hinreichen-
 1382de finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaftliche und soziale
 1383Prozesse. Auch deshalb lehnen wir die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge
 1384und sozialer Sicherungssysteme ab und fordern eine Stärkung öffentlichen Eigen-
 1385tums.

1386

1387DIE LINKE wirkt für eine partizipative Haushaltspolitik, für Bürgerhaushalte als wichti-
 1388ge Form der kommunalen Demokratie. Unsere Vision sind solidarische Bürgerkom-
 1389munen, in denen die Menschen ihre Angelegenheiten selbst entscheiden und gestal-
 1390ten und die soziale und ökologische Umgestaltung ihrer Gemeinschaften eigenstän-
 1391dig in die Hand nehmen.

1392

1393Die zivilgesellschaftliche Selbstverwaltung ist ein wichtiges Feld für demokratische
 1394Mitbestimmung. Sie festigt den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Gemein-

1395den. Vereine, Verbände und Initiativen ermöglichen vielen Bürgerinnen und Bürgern,
 1396Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben in vielfältigen Bereichen zu überneh-
 1397men. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein zivilgesellschaftliche Akteure, die ge-
 1398sellschaftliche Aufgaben übernehmen, zu fördern. Sie fordert dabei Transparenz und
 1399öffentliche Kontrolle, um die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu si-
 1400chern. Voraussetzung sind die demokratische Legitimation und eine ausreichende Fi-
 1401nanzierung der übertragenen Aufgaben.

1402

1403Wir treten für eine Stärkung der Parlamente als demokratische Entscheidungsgremi-
 1404en ein. Dafür brauchen sie entsprechende Rechte und Ressourcen, um auf gleicher
 1405Augenhöhe mit Regierungen und Verwaltungen agieren zu können. Auch auf euro-
 1406päischer Ebene brauchen wir eine Stärkung parlamentarischer Einfluss- und Kontroll-
 1407möglichkeiten.

1408

**1409Der Kapitalismus hat die Grundlagen von Demokratie als Herrschaft des Vol-
 1410kes untergraben. Wahlen werden zur Farce, wenn sich die Gewählten ihre Ent-
 1411scheidungen von Großunternehmen und den Vermögenden diktieren lassen
 1412und so der demokratischen Kontrolle entziehen. Deshalb fordern wir, dass
 1413Wirtschaftsverbände und Unternehmen nicht an Parteien spenden dürfen und
 1414es ihnen verboten wird, Abgeordnete in Landtagen, Bundestag oder Europa-
 1415parlament auf ihren Gehaltslisten zu führen.**

1416

1417Eine lebendige Demokratie muss erweiterte Möglichkeiten direkter demokratischer
 1418Entscheidung durch Volksbegehren, Volksentscheide und Volksinitiativen schaffen.
 1419Dieses gilt auch für Europaverträge von grundlegender Bedeutung. Wir setzen uns
 1420dafür ein, neue Formen einer Politik von unten zu entwickeln. Dazu gehören auch
 1421der politische Streik und der Generalstreik.

1422

1423Stärkung der individuellen Rechte

1424

1425Gegen den Abbau von Bürgerrechten und den Ausbau des Sicherheitsstaates setzen
 1426wir auf die Stärkung der individuellen Rechte, den Schutz persönlicher Daten, Partizi-
 1427pationsmöglichkeiten sozialer Organisationen und Bewegungen und auf eine unab-
 1428hängige demokratische Kontrolle der staatlichen Sicherheitsorgane. Wir unterstützen
 1429Initiativen der demokratischen Selbstverwaltung öffentlicher Räume. Wir lehnen den
 1430Ausbau des Überwachungsstaates ab und fordern die strikte Trennung und demo-
 1431kratische Kontrolle von Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten. Wir setzen uns ein
 1432für gleiche politische und soziale Rechte für alle in Deutschland und der Europäi-
 1433schen Union lebenden Menschen, denn politische und soziale Rechte sind Men-
 1434schenrechte. Der Rechtsstaat muss sozial werden. Heute ist die Bedingung einer le-
 1435bendigen Demokratie, dass Gleichheit vor dem Gesetz gesichert ist, materiell nicht
 1436erfüllt. Ein Gerichtsverfahren über einen höheren Streitwert kann sich nur leisten, wer
 1437über die nötigen finanziellen Mittel verfügt. Dies muss korrigiert werden, damit alle
 1438Menschen vor Gericht gleich gestellt sind.

1439

1440Einwanderungsland Deutschland

1441

1442Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir wollen die Rechte und Chancen der Mi-
 1443grantinnen und Migranten stärken. Der Familiennachzug muss sowohl Kindern als
 1444auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie
 1445Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein. Die Förderung der sprachlichen

1446Entwicklung und die Förderung des Bildungserfolges sind dafür ein Schlüssel. Ethni-
1447sche Minderheiten sollen optimale Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstüt-
1448zung erhalten, um ihre Sprache, Kultur und Identität pflegen zu können.

1449

1450DIE LINKE setzt sich für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerken-
1451nung der Verschiedenheit aller Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft ein.
1452Das erfordert vor allem demokratische Mitbestimmung von Migrantinnen und Migran-
1453ten in allen gesellschaftlichen Entscheidungen. Die LINKE setzt sich für das aktive
1454und passive Wahlrecht für jene ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland ha-
1455ben, sowie für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Alle Kinder, die hier
1456geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die deutsche Staats-
1457angehörigkeit erhalten. Die Einbürgerung muss wieder erleichtert werden. Doppelte
1458Staatsbürgerschaften sollten grundsätzlich möglich sein.

1459

1460Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung
1461geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Wir fordern die
1462Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen gegen die Illegalisierung
1463von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, jede Form von Sondergesetzen wie die Re-
1464sidenzpflicht sowie gegen Sammellager. Die unmenschliche Abschottungspolitik der
1465EU nach außen ist zu beenden – wir wollen keine Festung Europa.

1466

1467**Antidiskriminierungspolitik**

1468

1469DIE LINKE wendet sich gegen jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des
1470Alters, der Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität
1471oder aufgrund körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung. Alle Barrieren – in Mobili-
1472tät, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der Kommunikation – wol-
1473len wir unter aktiver Einbeziehung der von Behinderung bedrohten Menschen und ih-
1474rer Angehörigen gezielt abbauen und überwinden. Wir wollen, dass die Vielfalt unter-
1475schiedlicher Formen des Zusammenlebens gleichermaßen respektiert, geachtet und
1476geschützt wird. Ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik ist dringend notwendig
1477und erfordert ein neues Familienbild. Neben verheirateten sind unverheiratete Eltern
1478und Patchwork-Familien und auch die Partnerschaften von Lesben, Schwulen, Bise-
1479xuellen und anderen, die sich nicht in die gängigen Geschlechterrollen einfügen, als
1480Erziehende anzuerkennen. DIE LINKE streitet für eine aktive Antidiskriminierungs-
1481politik, die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und derjenigen, die nicht
1482den üblichen Geschlechterrollen entsprechen, und die Förderung ihrer zivilgesell-
1483schaftlichen Strukturen.

1484

1485**Emanzipatorische Bildung**

1486

1487Bildung soll Menschen in die Lage versetzen, als Individuen und gemeinsam mit an-
1488deren ein freies, ein sozial verantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu führen
1489und die gesellschaftliche Entwicklung aktiv mit zu gestalten. Eine solche emanzipato-
1490rische Bildung erfordert Selbstbestimmung der Lernenden und fördert Kreativität, Kri-
1491tik- und Handlungsfähigkeit, Solidarität und historisch-politisches Bewusstsein. Sie
1492entwickelt die Kompetenzen zur Bearbeitung der gesellschaftlichen und globalen
1493Schlüsselprobleme der Menschen.

1494

1495In kaum einem Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über den Bil-
1496dungserfolg wie hierzulande. Das Bildungssystem mit seiner mehrgliedrigen Struktur
1497von höherer und niederer Bildung verstärkt die soziale Auslese und zementiert die

1498 Bildungsprivilegien der oberen Klassen. Wir wollen das Grundrecht auf Bildung für
 1499 alle durchsetzen und Bildungsbarrieren abschaffen. DIE LINKE will keine Auslese
 1500 und Ausschluss von Kindern und Jugendlichen, sondern ein alle einschließendes,
 1501 alle förderndes Bildungssystem, in dem alle Kinder möglichst lange gemeinsam in ei-
 1502 ner Gemeinschaftsschule lernen und alle gefördert werden. Das erfordert auch, das
 1503 Umfeld am Wohl der Kinder und Jugendlichen orientiert zu gestalten: Kommune,
 1504 Stadtteil, Freizeit, Sport und Gruppenleben. Kinderarmut muss beseitigt werden. Wir
 1505 treten für einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung – unabhängig vom Er-
 1506 werbsstatus der Eltern – ein. Hohe Qualität der Bildung erfordert eine Hochschulaus-
 1507 bildung von Erzieherinnen und Erziehern und die Verbesserung ihrer Einkommens-
 1508 verhältnisse.

1509

1510 Dazu gehören auch durchgehende Mitbestimmung in allen Bereichen und Stufen des
 1511 Bildungswesens, eine stärkere Förderung der Bildungsprozesse im vorschulischen
 1512 Bereich sowie generelle Gebührenfreiheit aller Bildung – von der Kita bis zur Weiter-
 1513 bildung. Darüber hinaus tritt DIE LINKE für eine Strukturreform der Ausbildungsförde-
 1514 rung hin zu einer öffentlich finanzierten Erwachsenenbildungsförderung ein, die allen
 1515 in Aus- oder Weiterbildung befindlichen Volljährigen eine elternunabhängige Förde-
 1516 rung bei jeweils individuellem Bedarf sichert, ohne neue soziale Benachteiligungen
 1517 entstehen zu lassen. Erforderlich sind hierfür umfassende Änderungen im Unterhalts-
 1518 und Steuerrecht, damit auch sozial schlechter gestellte Haushalte entlastet werden
 1519 und finanzstarke Haushalte ihren gesellschaftlichen Beitrag zur Ausbildung junger
 1520 Menschen und zur Weiterbildung leisten. Diese Erwachsenenbildungsförderung ist
 1521 für uns eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung eines lebenslangen
 1522 Rechts auf Bildung für alle. Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie die
 1523 Erwachsenenbildung sind öffentlich und demokratisch zu organisieren. Privatisierun-
 1524 gen sind zu stoppen und rückgängig zu machen. Durch eine viertelparitätische Be-
 1525 setzung der Hochschulgremien wollen wir den Einfluss von Studierenden, Beschäf-
 1526 tigten und akademischem Mittelbau erhöhen.

1527

1528 Wir fordern ein flächendeckendes und auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot,
 1529 dazu ist eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung notwendig. Die Hochschu-
 1530 len müssen ausgebaut, die Studierendenzahlen erhöht, Reglementierungen abge-
 1531 baut und Freiräume für kritische Wissenschaften erkämpft werden. Die fortschreiten-
 1532 de soziale Auslese der Studierenden lehnen wir ab und fordern ein umfassendes
 1533 BAföG, das als Vollzuschuss statt als Teildarlehen gezahlt wird. Jeder Studierende
 1534 soll das Recht auf ein Masterstudium erhalten. Wir wollen Freiräume für kritische
 1535 Wissenschaft zurückerobern. Ein Hochschulstudium soll auf die individuelle Berufstä-
 1536 tigkeit vorbereiten und die Fähigkeit kritischen Denkens entwickeln. Selbstbestimmte
 1537 Weiterbildung muss gesetzlich und finanziell für alle geregelt und durchgesetzt wer-
 1538 den. Das alles erfordert erheblich mehr öffentliche Mittel für Bildung und eine besse-
 1539 re Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Die staatliche Finanzarchitektur
 1540 muss Bildungsausgaben begünstigen und nicht behindern. Bildung ist ein öffentli-
 1541 ches Gut, keine Ware!

1542

1543 **Wissens- und Kulturgesellschaft**

1544

1545 Bildung, Wissen, soziale Kompetenz, Kreativität, die Fähigkeit, Menschen zu vernet-
 1546 zen und zu begeistern sind zu entscheidenden produktiven Kräften geworden. Durch
 1547 den technologischen Fortschritt ist es heute möglich, global zusammenzuarbeiten
 1548 und gleichzeitig ein hohes Maß an Autonomie zu bewahren. Die Nutzerinnen und

1549Nutzer der neuen Medien sind zugleich auch ihre wichtigsten Schöpferinnen und
 1550Schöpfer. Bildung, Wissen und Kommunikation sind von zentraler Bedeutung in Wirt-
 1551schaft und Gesellschaft und in demokratischen Prozessen und Entscheidungen.
 1552Doch nicht alle haben die Chance, auf diesen Gebieten Kompetenzen erwerben zu
 1553können. Daher vertiefen sich scharfe Spaltungen zwischen denjenigen, die über Wis-
 1554sen verfügen und damit produktiv umgehen können, und denjenigen, denen der Zu-
 1555gang zu Wissen schwer fällt oder vorenthalten wird.

1556

1557Wir wollen eine Wissenschaftsentwicklung, die zu größerer gesellschaftlicher Verant-
 1558wortung der Wissenschaftler wie der Anwender führt, und die immer mehr Menschen
 1559ermöglicht, an den Erkenntnissen und Ergebnissen teilzuhaben und ihre destruktiven
 1560Kräfte auszuschalten. Das schließt die Nutzung der Wissenschaften zur Erhaltung
 1561und Bewahrung der natürlichen Umwelt ein. Private Monopole über das gesellschaft-
 1562liche Wissen widersprechen demokratischen Prinzipien des freien Zugangs zur Wis-
 1563sensallmende. Wir lehnen daher eine Privatisierung von Wissenschaftseinrichtungen
 1564ebenso ab wie von Bibliotheken, Museen, Theatern und anderen Stätten des Wis-
 1565sens und der Kultur.

1566

1567Emanzipation ist nur möglich auf der Basis einer Kulturgesellschaft. Deshalb treten
 1568wir für die Förderung der Vielfalt der Träger kultureller Produktion ein, von öffentli-
 1569chen und gemeinnützigen Institutionen, unabhängigen Verlagen, Studios, Agenturen
 1570und künstlerischen Produktionsfirmen. Wir wollen das regionale Kulturleben in allen
 1571sozialen Milieus fördern, Freiräume für die kulturelle Selbstbestimmung aller Alters-
 1572gruppen gewährleisten und allen den Zugang zu und die Teilhabe an Kultur auch fi-
 1573nanziell ermöglichen.

1574

1575 **Demokratisch kontrollierte Medien**

1576

1577Viele Menschen haben keinen Zugang zu modernen Medien und können somit nicht
 1578die Möglichkeiten nutzen, die mit moderner Informationstechnologie verbunden sind.
 1579Die Massenmedien befinden sich überwiegend im Besitz weniger Konzerne und Fi-
 1580nanzinvestoren. Sie bestimmen mit, was wir lernen und wissen, worüber wir reden
 1581und was wir meinen sollten. Mediennutzung und Kontrolle durch Medien überlappen
 1582sich immer mehr. DIE LINKE kämpft gegen diese Spaltung, gegen Überwachung und
 1583Kontrolle, für Informations- und Meinungsäußerungsfreiheit und für die Stärkung öf-
 1584fentlich-rechtlicher Medien.

1585

1586DIE LINKE setzt sich ein für die Vielfalt und die Freiheit der Medien wie der moder-
 1587nen Kommunikationsmittel (Internet), den Schutz kreativer Urheberrechte und die
 1588freie Nutzung des Internets. Das ist ebenso eine öffentliche Aufgabe wie die Förde-
 1589rung von frei zugänglicher Software (Open Source), die Beschränkung digitaler Ei-
 1590gentumsrechte und die Sicherung großer und allgemein zugänglicher digitaler Wis-
 1591sensbestände. Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwer-
 1592tungsunternehmen wollen wir ausbauen und zugleich einen Ausgleich finden, damit
 1593die nichtkommerzielle Nutzung möglichst wenig eingeschränkt wird. Wir treten ein für
 1594die Verteidigung und den Ausbau öffentlicher Räume der Information und Kultur und
 1595die Pressefreiheit in den Redaktionen. Die Auseinandersetzung um die öffentlichen
 1596Güter des Wissens und der Kultur entscheidet wesentlich über die Zukunft unserer
 1597Gesellschaft.

1598

1599

1600 **Kirchen und Religionsgemeinschaften**

1601

1602 Die Linke achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag
1603 und ihre Unabhängigkeit. In Verkündigung, Seelsorge und Diakonie sind sie eigenstän-
1604 dig und keiner staatlichen Einflussnahme unterworfen. Staat und Kirche sind ge-
1605 trennt. Allerdings müssen die Grundrechte auch in den Kirchen und ihren Einrichtun-
1606 gen Geltung haben. Dies gilt insbesondere auch für die Koalitionsfreiheit. Niemand,
1607 der sich nicht bekennt, darf in irgendeiner Weise benachteiligt werden. Wir wenden
1608 uns gegen jeglichen politischen Missbrauch von Religion. An den Schulen soll der
1609 Ethik- und Religionsunterricht der Wissensvermittlung über Religionen dienen und
1610 die wechselseitige Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern. Wir verteidigen
1611 das Recht aller Religionsgemeinschaften auf freie Religionsausübung. Dabei müssen
1612 die Grundrechte in den Religionsgemeinschaften Geltung haben.

1613

1614 **Faschismus und Rassismus bekämpfen**

1615

1616 Unsere antifaschistische Praxis ist dem Schwur von Buchenwald verpflichtet: „Die
1617 Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer
1618 neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Wir fordern in diesem Sinne
1619 die politische und strafrechtliche Bekämpfung von Faschismus, Rechtsextremismus,
1620 Rassismus und Antisemitismus und setzen uns für ein Verbot aller faschistischen Or-
1621 ganisationen ein. Jeglicher Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus treten
1622 wir entschieden entgegen. So genannte „national befreite Zonen“ dürfen nicht hinge-
1623 nommen werden, sondern müssen durch Aufklärung und gezielte Aktionen zurückge-
1624 drängt und verhindert werden. Gleiches gilt für Nazitreffpunkte und Naziläden. Wir
1625 setzen uns für die Stärkung antirassistischer und antifaschistischer Bildungsarbeit
1626 ein.

1627

1628 **3. Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau**

1629

1630 Das 21. Jahrhundert muss ein Jahrhundert der Verteilungsgerechtigkeit, der nachhal-
1631 tigen Entwicklung und eines qualitativen und selektiven, die Umwelt schonenden
1632 Wachstums werden. Dringlich ist, nicht mehr nur auf Umweltschäden nachträglich zu
1633 reagieren, sondern dafür zu sorgen, dass eine Schädigung der Umwelt von vornher-
1634 ein vermieden wird. Der Naturschutz muss verstärkt und der Tierschutz konsequent
1635 durchgesetzt werden.

1636

1637 **Sozial-ökologischer Umbau**

1638

1639 Die Partei DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Eu-
1640 ropa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe
1641 in allen Politikbereichen an. Sie will, dass die Produktion von Gütern und Dienstleis-
1642 tungen nicht mehr den Profit als oberste Maxime hat, sondern an sozial-ökologischen
1643 Zielen ausgerichtet wird. Für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung
1644 kommt der drastischen Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen in Deutschland
1645 absolute Priorität zu. Die Europäische Union sollte international eine ökologische
1646 Vorreiterrolle übernehmen.

1647

1648 Der sozial-ökologische Umbau erfordert die Herausbildung neuer, mit der Umwelt
1649 verträglicher Lebensweisen und eines neuen Wohlstandstyps. Sozialer Sicherheit,
1650 solidarischen zwischenmenschliche Beziehungen, der Gesundheit und der Muße,

1651 Bildung und Kultur wird dabei ein wachsendes Gewicht zu kommen, ohne asketi-
1652 schen Lebensstilen das Wort zu reden.

1653 Nachhaltige Verantwortung für die Umwelt bedeutet, dass jedem Menschen auf der
1654 Erde unter Beachtung der unterschiedlichen natürlichen Lebensbedingungen das
1655 gleiche Recht auf Nutzung der irdischen Ressourcen zugestanden werden muss. Wir
1656 fordern ökologische Gerechtigkeit und solidarische Unterstützung der ärmeren Län-
1657 der der Welt bei der Lösung der Umwelt- und Ernährungsprobleme. Deutschland und
1658 Europa müssen die Verpflichtungen einhalten, die sie im Rahmen der Entwicklungs-
1659 ziele der UNO zur Minderung von Armut, Kindersterblichkeit, Analphabetentum, Un-
1660 terentwicklung und Umweltzerstörung eingegangen sind.

1661

1662 **Energiewende**

1663

1664 Wir setzen uns für eine Energiewende und eine solare Revolution ein. Eine Energie-
1665 wende ist das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus. Sie verlangt u. a. die För-
1666 derung und Verbesserung der Energieeffizienz, vor allem aber Einsparungen beim
1667 Energie- und Rohstoffverbrauch und eine Veränderung des Energiemixes zugunsten
1668 erneuerbarer Energien. Dies ist nicht nur eine Frage der technologischen Umgestal-
1669 tung, sondern es werden Änderungen der Produktionsweise und der Art, wie wir le-
1670 ben, notwendig. Vorzugsregelungen für erneuerbare Energien, für Kraft-Wärme-
1671 Kopplungen und der Abbau aller Subventionen für atomare und fossile Energieträger
1672 sind erforderlich. DIE LINKE setzt sich dafür ein, ohne jede Vorbedingungen bis zum
1673 Jahr 2020 die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland gegenüber 1990 zu halbie-
1674 ren und auf ihre Senkung um 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts hinzuwirken.

1675

1676 Wir wollen die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen und einer demo-
1677 kratischen Kontrolle unterstellen. Das Energiekartell muss entflochten, die Energie-
1678 versorgung weitgehend rekommunalisiert, die Energiemonopole müssen schrittweise
1679 aufgelöst werden. Wir wollen den unverzüglichen Ausstieg aus der Nutzung der
1680 Atomenergie. Mittelfristig muss der gesamte Energiebedarf aus regenerativen Quel-
1681 len gedeckt werden. Daher ist es notwendig, den Umbau des Energiesystems der In-
1682 dustriegesellschaft in Richtung erneuerbarer Energien, von der Photovoltaik über die
1683 Windenergie, Wasserkraft, Gezeitenenergie bis zur Nutzung von Biomasse zu för-
1684 dern. Bei letzterer ist darauf zu achten, dass nicht Agrarflächen zur Produktion von
1685 Agro-Treibstoffen genutzt werden, die dann der Versorgung der Menschen mit Nah-
1686 rungsmitteln entzogen werden. Dies ist auf nationaler Ebene wichtig, aber mehr noch
1687 in Europa und in südlichen Agrarländern.

1688

1689 **Regionale Wirtschaftskreisläufe und Verkehrswende:**

1690

1691 Die Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologiepolitik, die Struktur- und Regional-
1692 politik sowie die Verkehrspolitik wollen wir auf den ökologischen Umbau von Wirt-
1693 schaft und Gesellschaft orientieren. Der Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe mit
1694 minimiertem Material- und Energieverbrauch ist ein wichtiger Weg aus Umweltzerstö-
1695 rung und Unterentwicklung. Der Öffentliche Personennah- und -fernverkehr muss
1696 ausgebaut und der Nahverkehr soll mittelfristig für die Nutzer kostenfrei werden. Der
1697 Güterverkehr ist im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus zu reduzieren und so weit
1698 wie möglich auf Schiffe und die Schiene umzustellen. Der Flugverkehr ist einzu-
1699 schränken, vor allem im innerdeutschen und innereuropäischen Verkehr. Es steht ein
1700 sozialökologischer Umbau der Städte an.

1701

1702**4. Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame**
1703**Entwicklung**

1704

1705DIE LINKE gründet ihre internationalistische Politik auf vier Prinzipien: Frieden durch
1706kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähig-
1707keit. Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umwelt-
1708zerstörung. Einsatz für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Uni-
1709on. Reform und Stärkung der UNO.

1710

1711**Frieden in Solidarität statt terroristische Kriege**

1712

1713Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO
1714und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russ-
1715lands. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu
1716gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Ka-
1717pitel VII der UN-Charta. Um Akzeptanz für die Militarisierung der Außenpolitik zu er-
1718langen, ist zunehmend von „zivilmilitärischer Kooperation und von Konzepten zur
1719„vernetzten Sicherheit“ die Rede. DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von militäri-
1720schen und zivilen Maßnahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische Zwe-
1721cke instrumentalisiert wird.

1722

1723**Abrüstung und strategische Nichtangriffsfähigkeit**

1724

1725Statt Aufrüstung, militärischer Auslandseinsätze und EU-NATO-Partnerschaft ist eine
1726Umkehr zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig, die sich strikt
1727an das in der UN-Charta fixierte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen
1728hält. DIE LINKE setzt daher auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert ein striktes
1729Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete und den Umbau der Streitkräfte auf der
1730Basis strikter Defensivpotentiale. Die EU und Deutschland müssen auf alle Atomwaf-
1731fenoptionen grundsätzlich verzichten und alle in Deutschland stationierten Atomwaf-
1732fen müssen abgezogen und vollständig vernichtet werden. Alle Massenvernichtungs-
1733waffen sind zu verbieten. Die Europäische Union sollte eine Vorreiterrolle bei der zivi-
1734len Konfliktprävention einnehmen und dafür die notwendigen Kapazitäten schaffen.

1735

1736Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Es
1737darf nicht sein, dass die Infrastruktur in der Bundesrepublik dazu genutzt wird, um
1738völkerrechtswidrige Kriege und menschenrechtswidrige Maßnahmen wie die Ver-
1739schleppung von Gefangenen zu ermöglichen.

1740

1741**Eine demokratische, friedliche und soziale EU**

1742

1743Die Europäische Union ist unverzichtbares politisches Handlungsfeld für die Siche-
1744rung des Friedens in Europa, für wirtschaftliche Entwicklung in Europa und die Be-
1745wältigung von Wirtschaftskrisen, für die Wahrung der Interessen der Beschäftigten,
1746für den sozialökologischen Umbau in Europa und für die Lösung der globalen Her-
1747ausforderungen. Gemeinsam mit anderen linken Parteien steht DIE LINKE für einen
1748Politikwechsel in Europa. Wir wollen eine andere, eine bessere EU! Die Europäische
1749Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, gerechten und zu einer
1750Friedensunion werden.

1751

1752Die bisherigen Vertragsgrundlagen der EU, zusammengefasst im Lissabon-Vertrag
1753von 2009, sind dafür nicht geeignet, weil sie die Durchsetzung der neoliberalen
1754Grundfreiheiten des Marktes und der Unternehmen in den Mittelpunkt stellen, und
1755auf eine weitere Militarisierung setzen und Kapitalverkehrskontrollen untersagen.

1756

1757Die Europäische Union braucht eine demokratische Neubegründung durch eine Ver-
1758fassung, die in allen Ländern durch Volksabstimmungen beschlossen wird. DIE LIN-
1759KE will eine europäische Verfassung, die sich eindeutig auf die Sicherung des Frie-
1760dens, zivile Konfliktlösungen und Abrüstung verpflichtet. Eine Verfassung, die Demo-
1761kratie und Menschenrechte für alle verankert. Eine Verfassung, die Umwelt und Kul-
1762tur schützt. Eine Verfassung, die keine ordnungspolitischen Festlegungen zur Wirt-
1763schaftsweise der EU vornimmt und die soziale Rechte und das Sozialstaatsprinzip
1764verankert, um Armut und Ausgrenzung zu verhindern. Wir wollen eine Europäische
1765Union mit einem starken Europäischen Parlament und transparenten Entscheidungs-
1766prozessen in allen europäischen Institutionen und mehr unmittelbarer Mitwirkung der
1767Bürgerinnen und Bürger.

1768

1769Wir wollen eine Europäische Zentralbank, die demokratisch kontrolliert wird und die
1770neben der Preisstabilität auf die Ziele von Vollbeschäftigung und Nachhaltigkeit ver-
1771pflichtet ist. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhalti-
1772ge Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt wer-
1773den. Statt ruinöser Standortkonkurrenz, statt Sozial-, Steuer- und Lohndumping for-
1774dern wir eine europäische Wirtschaftsregierung. Sie muss durch eine koordinierte
1775Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für qualitatives Wachstum, Vollbeschäftigung
1776durch gute Arbeit, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie den Erhalt und Aus-
1777bau öffentlicher Dienste und Güter sorgen.

1778

1779So wie in der EU der Wettbewerb kontrolliert wird, müssen auch die Einhaltung von
1780sozialen Vorschriften EU-weit überprüft und Verstöße dagegen geahndet werden.
1781Um Steuerdumping zu verhindern, sind eine Vereinheitlichung und breite Gestaltung
1782der Bemessungsgrundlagen und hohe Mindeststeuersätze auf hohem Niveau not-
1783wendig. DIE LINKE tritt für eine Sozialformel als EU-Primärrecht ein.

1784DIE LINKE fordert, dass in der EU die Dienstleistungen zu den Bedingungen des
1785Landes angeboten werden, in dem sie erbracht werden.

1786

1787**Internationale Zusammenarbeit und Solidarität**

1788

1789Unser Ziel ist eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die Entwicklungsperspekti-
1790ven für die ärmeren Länder schafft, globale und soziale, ökologische und demokrati-
1791sche Rechte durchsetzt, statt die Konkurrenz um Anteile an weltweiten Exportmärk-
1792ten voran zu treiben. Direktinvestitionen und transnationale Konzerne müssen stren-
1793gen Regeln und Kontrollen unterworfen werden. Die Einhaltung sozialer und ökologi-
1794scher Standards muss gewährleistet sein. Internationale Institutionen müssen demo-
1795kratisiert werden.

1796

1797Solidarische Entwicklung und Frieden bedingen einander. Öffentliche Entwicklungs-
1798zusammenarbeit muss endlich in Höhe von mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinland-
1799produkts geleistet werden, wie es bereits vor Jahrzehnten vereinbart wurde. Insbe-
1800sondere jene Länder, die von Unterentwicklung, Staatszerfall und Bürgerkrieg beson-
1801ders betroffen sind, müssen gestärkt werden. Dazu können Maßnahmen wie ein
1802Schuldenerlass, die schnelle Steigerung der Entwicklungshilfe, die Unterstützung bei

1803dem Aufbau leistungsfähiger öffentlicher Dienste, insbesondere in den Bereichen von
1804Bildung, Gesundheit und Daseinsvorsorge sowie rechtsstaatlicher demokratischer
1805Strukturen und ein geeigneter Technologietransfer beitragen.

1806

1807Der sozialökologische Umbau des 21. Jahrhunderts wird nur global und solidarisch
1808gelingen. Allein die Abwendung einer Klimakatastrophe erfordert nach Experten-
1809schätzungen jährlich rund 100 Milliarden Unterstützungsleistungen des Nordens für
1810den Süden – zusätzlich zu der längst überfälligen Bereitstellung von 0,7 Prozent des
1811Bruttoinlandsprodukts der reichen Länder für die Entwicklungshilfe. DIE LINKE for-
1812dert, dass die Bundesrepublik und die Europäische Union ihren finanziellen und tech-
1813nischen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Anpassung an den Klimawandel in
1814den Entwicklungsländern sowie zu dessen Begrenzung ohne jede Vorbedingungen
1815in der notwendigen Höhe leisten. Umwelttechnologien sollen Entwicklungsländern
1816unentgeltlich oder zu günstigsten Sonderbedingungen zur Verfügung gestellt werden.
1817Wir wenden uns strikt gegen jede Verlagerung energie- und ressourcenaufwändiger
1818Produktion aus dem Norden in den Süden.

1819

1820Entwicklungspolitik muss die Süd-Süd-Beziehungen sowie regionale Märkte und die
1821kleinbäuerliche Produktion stärken, die Verarbeitung der Rohstoffe in den Entwick-
1822lungsländern fördern, für faire Preise auf den Weltmärkten sorgen, Geschlechterge-
1823rechtigkeit als entwicklungspolitischen Schwerpunkt begünstigen und die Bildung von
1824Mädchen und Frauen fördern. Durch die Regulierung der Finanzmärkte und den Auf-
1825bau regionaler Reserven soll die Spekulation mit Nahrungsgütern unterbunden wer-
1826den. Importe von Agrarrohstoffen zur Biospritproduktion müssen ausgeschlossen
1827werden. Wir sind gegen die Subvention von Exporten in die Entwicklungsländer und
1828treten dafür ein, sie bei der Sicherstellung ihrer Ernährungssouveränität zu unterstüt-
1829zen. Energiepartnerschaften der EU mit Ländern im globalen Süden sollten im Inter-
1830esse eines gemeinsamen Einstiegs in die Energiewende gestaltet werden. Vorha-
1831ben, die die Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umwelterstörung er-
1832schweren, müssen gestoppt werden.

1833

1834

1835V. **Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft**

1836

1837DIE LINKE hat begonnen, die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik zu
1838verändern. Sie trägt dazu bei, dass die Kämpfe um höhere Löhne, ein öffentliches
1839Zukunftsinvestitionsprogramm, ein gebührenfreies Studium, soziale Sicherheit, eine
1840nachhaltige Energiepolitik und den Schutz der natürlichen Umwelt, um Demokratie
1841und Frieden mit neuer Kraft geführt werden. Die Politik kann heute nicht mehr von ei-
1842nem Kartell der neoliberalen Parteien beherrscht werden.

1843

1844DIE LINKE steht in grundsätzlicher gesellschaftlicher und politischer Opposition zu
1845Neoliberalismus und Kapitalherrschaft, imperialistischer Politik und Krieg. Sie streitet
1846für eine demokratische und soziale, emanzipatorische und friedliche Gesellschaft. Mit
1847der Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand und dem Einsatz für eine
1848grundlegende Umgestaltung machen wir uns auf den Weg zu einer sozialistischen
1849Gesellschaft. Dabei knüpfen wir an den sozialstaatlichen, rechtsstaatlichen und de-
1850mokratischen Errungenschaften sowie ökologischen Regulierungen an, die in den
1851sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit bereits durchge-
1852setzt wurden. Wir wollen sie weiter entwickeln und als Ausgangspunkt für weiterge-
1853hende Veränderungen nutzen.

1854

1855Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der
1856gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestal-
1857tung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedli-
1858che Politik durchzusetzen. Wir streben eine Veränderung der Macht- und Eigentums-
1859verhältnisse an.

1860

1861**Breite linke Bündnisse**

1862

1863Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene
1864durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinander-
1865setzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich. Sozialer
1866Wandel und politische Veränderung müssen aus der Gesellschaft erwachsen und
1867von vielen Menschen getragen werden. Wir ringen daher um ein breites gesellschaft-
1868liches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und für eine linke demo-
1869kratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung
1870der Gesellschaft.

1871

1872Dieses Bündnis soll sowohl Lohnabhängige und sozial Benachteiligte wie bedrohte
1873Mittelschichten und andere sozial, libertär und humanitär orientierte Milieus anspre-
1874chen. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig Arbeitender, Erwerbs-
1875loser und diskriminierter Menschen in Deutschland sowie im europäischen und inter-
1876nationalen Maßstab und ihren konkreten Problemen aus. Wir wollen ein Bündnis von
1877Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, so-
1878zialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der
1879parteipolitischen Linken entwickeln. Wir unterstützen Zusammenschlüsse gegen
1880Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit und wollen
1881mit allen zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtigkeit, Emanzipation und
1882mehr Demokratie, Frieden und Erhaltung der Natur einsetzen.

1883

1884Besonders wichtig sind dabei starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig
1885handelnde Gewerkschaften. Gewerkschaften unterscheiden sich von allen anderen
1886sozialen Kräften und Bewegungen dadurch, dass sie nicht nur in der Zivilgesellschaft
1887agieren, sondern ihre Verankerung in der Arbeitswelt haben. Dies verleiht den ge-
1888werkschaftlich organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die
1889andere soziale Gruppen nicht haben und die von zentraler Bedeutung für die Durch-
1890setzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist.

1891

1892Ausgehend von ihrer Funktion als linker Partei bringt DIE LINKE ihre eigenen Kom-
1893petenzen in politische Bündnisse ein und unterstützt sie mit ihren Ressourcen. Als
1894Partei greifen wir die Anliegen und Aktivitäten unserer politischen Partner auf und
1895nehmen unsere eigenen Funktionen wahr. Wir bestärken unsere Mitglieder, in Ge-
1896werkschaften, sozialen Organisationen, Initiativen, Projekten und globalisierungskriti-
1897schen Bewegungen aktiv mitzuwirken.

1898

1899Wir wollen Menschen ermutigen, sich gegen Politik zur Wehr zu setzen, die ihren In-
1900teressen widerspricht - mit Demonstrationen, Bürgerbegehren und zivilem Ungehör-
1901sam, aber auch mit den Mitteln politischer Streiks und des Generalstreiks. Letztere
1902gehören, wie andere europäische Länder zeigen, zu den wirksamsten Kampfformen,
1903um den Herrschenden und dem Kapital Grenzen zu setzen und Veränderungen zu
1904erzwingen.

1905

1906 Wir werden gemeinsam mit anderen linken Kräften an zentralen alternativen Projek-
1907 ten des Einstiegs in eine andere Entwicklungsrichtung gesellschaftlicher Entwicklung
1908 arbeiten und sie mit Nachdruck vertreten. Solche Projekte erwachsen aus den sozia-
1909 len und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart und müssen in öffentli-
1910 chen Diskussionen und in Aktionen unterschiedlichster Kräfte entwickelt werden. Die
1911 Verbindung von demokratischem und sozialem Protest, die politische Mitgestaltung
1912 in der Gegenwart und die Entwicklung von langfristigen Reformalternativen verste-
1913 hen wir als strategische Herausforderung.

1914

1915 **Auseinandersetzung mit neoliberaler Ideologie:**

1916

1917 DIE LINKE setzt der neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines anderen Ent-
1918 wicklungsweges entgegen. Diese wollen wir mit den Erfahrungen und Konflikten in
1919 den Betrieben, den Kommunen und im Alltagsleben verknüpfen und in der öffentli-
1920 chen Auseinandersetzung populär und offensiv vortragen. Die Zuspitzung der wirt-
1921 schaftlichen und sozialen Probleme verstehen wir vor allem als Ergebnisse neoliberal
1922 geprägter Antworten auf die neuen Herausforderungen unter dem Einfluss von Kapi-
1923 talinteressen sowie als Ausdruck von Krisenprozessen und Widersprüchen, die die
1924 kapitalistische Ökonomie hervorbringt. Dabei macht DIE LINKE den Widerspruch
1925 zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive deutlich. Es
1926 geht um kritische Auseinandersetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit
1927 angelegte Bildungsarbeit, um das Engagement in Netzwerken und die Beteiligung an
1928 wissenschaftlichen und publizistischen Diskussionen.

1929

1930 **Arbeit in den Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen:**

1931

1932 Parlamentarische und außerparlamentarische politische Arbeit sind für DIE LINKE
1933 untrennbar. In Wahlen und politischen Kämpfen vertreten wir unsere alternativen Re-
1934 formprojekte und wollen Mehrheiten für ihre Durchsetzung gewinnen. Die parlamen-
1935 tarische Arbeit gestalten wir so, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentari-
1936 schen linken Kräften und der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und
1937 damit letztlich der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politi-
1938 scher Mehrheiten dient. Wir bemühen uns um Transparenz politischer Prozesse und
1939 wollen Missbrauchs politischer Macht aufdecken und verhindern.

1940

1941 Parlamentarische Opposition wie auch das Wirken in Regierungen sind für DIE LIN-
1942 KE Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung. Der Kampf für die
1943 Verbesserung der Lage von Benachteiligten, die Entwicklung und Durchsetzung lin-
1944 ker Projekte und Reformvorhaben, die Veränderung der Kräfteverhältnisse und die
1945 Einleitung eines Politikwechsels sind der Maßstab für den Erfolg unseres politischen
1946 Handelns. Parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen Kräften gehen wir
1947 dann ein, wenn dies den von uns angestrebten Richtungswechsel in Politik und Ge-
1948 sellschaft fördert. Den unterschiedlichen Möglichkeiten politischen Wirkens auf kom-
1949 munalen, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene tragen wir in unserer Politik
1950 Rechnung. Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist dabei die
1951 bundespolitische Ebene. Hier liegen die meisten Kompetenzen, die dafür notwendig
1952 sind, hier erfolgen die meisten Weichenstellungen.

1953

1954 Voraussetzung für die Ausstrahlung, den Rückhalt und den Erfolg der LINKEN ist
1955 Glaubwürdigkeit. Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind nur dann sinnvoll, wenn

1956sie reale Verbesserungen und eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchset-
 1957zen sowie einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten. So lässt sich die
 1958politische Kraft der LINKEN und der sozialen Bewegung stärken und das bei vielen
 1959Menschen existierende Gefühl von Ohnmacht und Alternativlosigkeit zurückdrängen.
 1960Regierungsbeteiligungen sind konkret unter den jeweiligen Bedingungen zu diskutie-
 1961ren und an verbindliche Kriterien zu binden.

1962

1963DIE LINKE strebt nur dann eine Regierungsbeteiligung an, wenn wir hierdurch eine
 1964Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreichen können. Sie wird
 1965sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Ar-
 1966beitsplatzabbau betreibt. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE auf Bundesebene
 1967nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundes-
 1968wehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt. Notwendige
 1969Bedingungen sind weiterhin die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns und
 1970der Kampf gegen Lohndumping und untertarifliche Bezahlung. DIE LINKE verlangt
 1971eine Politik, um die sozialen und kulturellen Bildungsprivilegien zu überwinden und
 1972die Lage der ärmeren Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Sie setzt sich für den
 1973Ausbau demokratischer Rechte ein und wehrt sich gegen den Überwachungsstaat
 1974und weitere Beschneidungen der Bürgerrechte.

1975

1976Linke Politik muss sich stets, auch und gerade in Regierungen, auf die Gewerkschaft-
 1977ten und anderen sozialen Bewegungen und die Mobilisierung außerparlamentari-
 1978schen Drucks stützen können, um nicht der strukturellen Macht von Kapitalinteressen
 1979und parlamentarischer Logik zu unterliegen. Wir wollen die Menschen ermutigen,
 1980selbst für ihre Interessen in Aktion zu treten.

1981

1982Ein neuer Politikstil

1983

1984DIE LINKE steht für einen neuen Politikstil der Transparenz, des gesellschaftlichen
 1985Dialogs und der direkten Bürgerbeteiligung. Sie ist immer nur so stark, wie sie in der
 1986Gesellschaft verankert ist und gesellschaftliche Unterstützung erfährt. Linke Politik in
 1987Parlamenten braucht treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische
 1988Mobilisierung. Frauen müssen DIE LINKE als Vertreterin ihrer Interessen erleben
 1989und in ihr einen politischen Raum finden, in dem sie ungehindert durch patriarchale
 1990Geschlechterverhältnisse für politische Veränderungen streiten können. Berufspoliti-
 1991kerinnen und Berufspolitiker arbeiten eng mit den ehrenamtlich für DIE LINKE akti-
 1992ven Kräften zusammen. Alle Landtags- und Bundestagsabgeordnete sind verpflich-
 1993tet, Angaben über Herkunft und Höhe ihrer Einkünfte zu veröffentlichen. Kein Parla-
 1994mentsmitglied darf während der Ausübung des Mandats auf der Lohnliste eines Un-
 1995ternehmens oder Wirtschaftsverbandes stehen. Unsere Partei nimmt keine Spenden
 1996von Konzernen und Banken entgegen.

1997

1998Europäische und internationale Zusammenarbeit

1999

2000Die Partei der Europäischen Linken ist ein wichtiger Faktor im politischen Leben Eu-
 2001ropas. Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung
 2002der Linken und kann die Kräfteverhältnisse in Richtung eines sozialen, demokrati-
 2003schen und friedlichen Europa verschieben. Wir setzen uns für den intensivierten Er-
 2004fahrungsaustausch, die enge Zusammenarbeit und einen wirksamen politischen
 2005Kampf linker Kräfte in Europa und weltweit ein. Als Teil der Europäischen Linkspartei

2006kämpfen wir für die Stärkung europäischer Kräfte für eine soziale, demokratische und
 2007zivile Neuausrichtung und Neubegründung der Europäischen Union.

2008

2009**Innerparteiliche Demokratie und Solidarität**

2010

2011DIE LINKE versteht sich als lernende Partei. Sie will gemeinsam mit den Bürgerinnen
 2012und Bürgern Politik gestalten. Wir wissen, dass wir unsere Vorstellungen einer bes-
 2013seren Gesellschaft weder allein noch gegen gesellschaftliche Mehrheiten umsetzen
 2014können. Wir wollen durch das bessere Argument – öffentlich, transparent, kulturvoll
 2015und demokratisch – streiten, Konzepte aus der Gesellschaft aufgreifen, eigene entwi-
 2016ckeln und breite gesellschaftliche Schichten erreichen und Mehrheiten gewinnen. Die
 2017Potenziale der LINKEN liegen in den Fähigkeiten ihrer Mitglieder, ihrer gesellschaftli-
 2018chen Verankerung und Lebenserfahrung.

2019

2020Politische Beteiligung und Interesse entstehen durch selbstbestimmtes und gleichbe-
 2021rechtigtes Handeln und demokratische Mitbestimmung bei der Gestaltung und Ent-
 2022wicklung gesellschaftlicher Prozesse. Diese Vision wollen wir auch in der eigenen
 2023Partei leben. DIE LINKE entwickelt ihre Politik im engen Zusammenwirken von ge-
 2024wählten Führungsgremien und Mitgliedern in basisdemokratischer Verankerung. Plu-
 2025ralismus und Transparenz sind tragende Säulen unserer Partei. Bei politischen Rich-
 2026tungsentscheidungen muss DIE LINKE in der Partei und unter Beteiligung ihrer au-
 2027ßerparlamentarischen Basis diskutieren und in bindenden Mitgliederentscheiden klä-
 2028ren, wie sie sich verhält.

2029

2030**Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft**

2031

2032Immer mehr Menschen lehnen den ungehemmten Kapitalismus ab und wollen eine
 2033Gesellschaft der Freiheit, der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit und der Solidari-
 2034tät. Gemeinsam mit ihnen will DIE LINKE für eine demokratische, soziale und ökolo-
 2035gische Gesellschaft kämpfen, für den demokratischen Sozialismus. Die Alternative ist
 2036nicht „Freiheit oder Sozialismus“, sondern Demokratie und Freiheit in einer Gesell-
 2037schaft des demokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Ge-
 2038meinsam können wir dieses Land verändern und eine bessere Gesellschaft aufbau-
 2039en.